

DKP-Informationen

Nr. 4/2017 - 13. September 2017

10.Tagung des Parteivorstandes 09./10. September 2017

Essen

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Versandkosten)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

089./10. September 2017, Essen

Inhalt

1. Zur Einschätzung internationaler Entwicklungen
Referent: Günter Pohl, Internationaler Sekretär der DKP
2. Zu aktuellen Fragen und der weiteren Vorbereitung des 22. Parteitages
Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Beschlüsse zur Vorbereitung des 22. Parteitags
4. Weitere Beschlüsse

Tagesordnung

1. Eröffnung und Beschlusskontrolle
2. Referat: Zur Einschätzung internationaler Entwicklungen
Diskussion dazu
3. Referat: Zu aktuellen Fragen und der weiteren Vorbereitung des 22. Parteitages
Diskussion dazu
4. Diskussion um den Antrag zur Parteistärkung
5. Bundestagswahlkampf
6. Finanzen
7. Weitere Beschlussfassungen
8. Schlusswort

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

09./10. September 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Kriege des Imperialismus – imperialistische Kriege? Selbstbestimmungsrecht im Krieg Die DKP und die internationalen Beziehungen

Günter Pohl, Internationaler Sekretär der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

die 11. PV-Tagung nach dem 20. Parteitag hatte sich im Januar 2015 mit den internationalen Entwicklungen befasst. Das damalige Referat hatte einen weiten Überblick über Tendenzen aus allen Kontinenten gegeben, wie er in unserer Partei in dieser Form ungewohnt ist und wie er – so dicht zusammengefasst – auch anderenorts selten gemacht wird. Das Referat war zunächst eine Standortbestimmung und Einordnung der Kräfteverhältnisse, auch um Begrifflichkeiten wie „die westliche Gemeinschaft“ oder Kriegsmaschinerien wie die NATO als limitiert und im Gegensatz dazu eigenes Eingreifen als erfolgversprechend zu begreifen, so man entsprechende Entwicklungen wahrnimmt; Ziel war also, im Ringen zwischen einer unipolaren und einer multipolaren Welt widersprüchliche Entwicklungen auszumachen. Genau diese Widersprüche zwischen kapitalistischen Staaten, oft auch zwischen imperialistischen Staaten, müssen erkannt und genutzt werden. Angesichts der Schwäche der kommunistischen Weltbewegung mit nur noch wenigen Ländern, die ihr politökonomisches System heute in den verschiedenen Varianten selbst einfach als „sozialistisch orientiert“ beschreiben (man vergleiche mit dem früheren „real existierenden Sozialismus“), und mit gegenüber der Lage vor einem Vierteljahrhundert deutlich geschwächten Kommunistischen Parteien in den kapitalistisch ausgerichteten Staaten, ist die Suche nach temporären Bündnispartnern für zwar kleine, dann aber möglichst verteidigungsfähige und daher nachhaltige Erfolge grundsätzlich wichtig.

Das Referat erfasste folgende Schwerpunkte auf der Problemseite:

- globale Probleme von Landgrabbing, Krieg, Hunger, Flucht und Vertreibung
- internationale Handelsvereinbarungen wie das damals heiß diskutierte TTIP
- Druck auf die Russische Föderation, Venezuela und den Iran über einen niedrig gehaltenen Ölpreis
- Situation und Krise der Europäischen Union (ohne Blick auf einzelne Staaten)

- die Ukraine-Krise
- das kooperierend-konkurrierende Verhältnis zwischen der EU und den USA
- die Sanktionspolitik ggü. der Russischen Föderation und ihre Akzeptanz in Deutschland
- die Rolle der imperialistischen EU in Syrien und bei Konflikten in afrikanischen Staaten
- die Möglichkeit einer EU-Armee
- die Rolle der NATO

Schwerpunkte bei den dem entgegenstehenden Tendenzen waren:

- internationale Zusammenschlüsse von Staaten als objektive Gegenpole zu imperialistischen Interessen (BRICS, Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), Shanghai-Kooperation (SOZ), Staatenbündnisse in Lateinamerika (CELAC/UNASUR))

Zuletzt wurden ausführliche Betrachtungen/Bewertungen von ausgewählten Staaten in den anderen Kontinenten vorgenommen:

- VR China, SR Vietnam, Japan, Indien/Pakistan
- Australien
- Afrikanische Union, Chinas Rolle in afrikanischen Staaten; Südafrika
- Islamischer Staat, Neuaufteilung des Mittleren Ostens, Rolle der Kurden; Türkei, Iran, Israel/Palästina, Zypern
- Lateinamerika und die Dominanz Brasiliens; Argentinien, Kolumbien, Mexiko, Kuba
- USA

Die damals beschriebenen Szenarien haben sich als zutreffend erwiesen. Verändert hat sich – besonders seit dem Putsch – die Innenpolitik der Türkei; vordergründig verschärft hat sich die Situation um die Koreanische Demokratische Volksrepublik. In beiden Fällen ist aber keine grundsätzlich neue Qualität zu erkennen. Das ist jedoch der Fall bei der Zukunft der Europäischen Union nach dem Brexit. Ihre grundsätzlich nicht integrative, sondern vertikale Haltung gegenüber der „Peripherie“ ist gleich geblieben, aber außerhalb

Deutschlands wird dessen Rolle kontrovers debatiert. Neu sind die Situation in der Regierung Südafrikas und die Außenpolitik von Argentinien und Brasilien, was mittelfristig auf das BRICS-Bündnis Auswirkungen haben kann. Schon jetzt sind die Kräfteverhältnisse in Südamerika verändert, mit entsprechenden Folgen für Venezuela. Nicht zuletzt hat sich gegenüber dem Referat vor zweieinhalb Jahren zwar nur wenig die Politik, aber natürlich das Auftreten der Präsidentschaft der USA verändert. Die VR China wird neben einer ökonomischen immer mehr auch zu einer politischen Potenz. Ganz allgemein haben sich die zwischenimperialistischen Widersprüche verschärft, konkret auch zwischen den USA und Deutschland.

Von diesen Themen wird heute nicht die Rede sein. Denn wir sollten die Möglichkeit für eine intensivere Debatte zu einigen grundsätzlichen Fragen nutzen, um sie für die Partei produktiv zu machen. Diese sind schon Gegenstand in der Internationalen Kommission, in Artikeln in der UZ, aber auch in bilateralen oder multilateralen Gesprächen mit anderen KPen gewesen. Wir halten eine einstweilige Verständigung darüber für hilfreich und sinnvoll, natürlich ohne die Offenheit für neue, gegebenenfalls in eine andere Richtung weisende Entwicklungen aufzugeben.

*

In diesem Referat werden erstens zwei ausgewählte Konflikttherde näher betrachtet, insoweit sie in der deutschen wie auch der internationalen Linken unterschiedlich bewertet werden: Ukraine und Syrien. Die Haltung dazu ist nicht von ideologischen Fragen und strategischen Linien zu trennen – unsere Positionierung bezüglich USA/EU vs Russische Föderation in Sachen Ukraine oder bezüglich USA/GB/Frankreich/Deutschland/ Türkei/Saudi-Arabien vs RF/Iran/Libanon in Sachen Syrien hat nämlich auch mit der grundsätzlichen Frage zu tun, ob es sich hier auf beiden Seiten um imperialistische Staaten handelt, die womöglich nur die ihnen innewohnenden Interessen verfolgen. Also: Dürfen sich KPen in diesen Konflikten „auf eine Seite schlagen“?

Zweitens wird auf die äußerst komplizierte Kurdenfrage in der Gemengelage Syrien, Irak, Türkei eingegangen. Wie bewerten wir das Recht auf nationale Selbstbestimmung des kurdischen Volks inmitten eines imperialistischen Kriegs gegen Syrien? Dazu brachte die UZ kürzlich eine interessante Debatte.

Drittens schlagen wir vor, über die Zusammenarbeit zwischen den Kommunistischen Parteien Europas zu sprechen, weil es dazu in unserer Mitgliedschaft, die ein traditionell großes Interesse an internationalen Themen hat, Fragen und Debatten gibt. Zudem scheint die unterschiedliche Bewertung vorgenannter Fragen für das Verhältnis zwi-

schen den Parteien inzwischen eine Schlüsselrolle eingenommen zu haben.

Andere Themen, die unter Linken, unter Kommunist/inn/en und unter Kommunistischen und Arbeiterparteien umstritten sind, wie die Bewertung von Staatenbündnissen, an denen auch kapitalistische Länder beteiligt sind, haben ebenfalls solche Fragen zur Grundlage: Können solche Bündnisse der Multipolarität und damit der Zurückdrängung des (US-)Imperialismus dienen, obwohl sie (mehrheitlich) aus kapitalistischen Staaten bestehen (Beispiel BRICS mit Indien, Südafrika, Brasilien und der Russischen Föderation)? Sind diese nicht per sé imperialistisch, da kapitalistisch?

*

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst aber zur erwähnten Frage des „Imperialismus auf beiden Seiten“.

Die DKP geht nicht davon aus, dass alle kapitalistischen Staaten automatisch auch imperialistische Staaten sind. Im Gegenteil: es ist sogar die Mehrzahl der nichtsozialistischen Staaten der Welt, die nicht alle Kriterien erfüllt, die Lenin für seine Definition des Imperialismus genannt hat. Diese Definition besagt für die Staaten: a) die Entwicklung von Monopolen, b) die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital zu einem Finanzkapital, c) eine höhere Bedeutung des Kapitalexports als des Warenexports; und für die internationale Ebene: d) die Aufteilung der Welt durch monopolistische Kapitalistenverbände und e) die territoriale Aufteilung unter die kapitalistischen Großmächte sind erfolgt. Mit der Erfüllung von d) und e) befindet sich die Welt definitiv und seit annähernd hundert Jahren in der imperialistischen Phase des Kapitalismus; aber hinsichtlich der politökonomischen Verfasstheit der einzelnen Staaten der Welt gilt das nicht automatisch.

Dass Kapitalismus und Imperialismus nicht a priori gleichgesetzt werden können, wird nicht von allen Kräften geteilt. Im weiteren kommunistischen Spektrum wird diese Sichtweise unter anderem von sektiererischen, trotzkistischen und anderen links- und rechtsopportunistischen Richtungen abgelehnt; genau wie de facto durch das bürgerliche und sozialdemokratische Spektrum, die „Imperialismus“ bekanntlich ohnehin nur als von der Ökonomie unabhängige, reine Gebiets- und Interessenssphärenenerweiterungspolitik betrachten.

0. Russischer Imperialismus?

> Die DKP bewertet die Russische Föderation nicht als imperialistische Macht

Von erstrangigem Interesse und Bedeutung für uns ist, was eine politökonomische Einordnung der Russischen Föderation ergibt. Gewiss ist die Tatsache, Nachfolgestaat des ersten und mäch-

tigsten sozialistischen Staats, der Sowjetunion, zu sein, eine wesentliche Besonderheit der RF. Auch die damit verbundene Skepsis der imperialistischen Mächte, was die Verlässlichkeit der russischen Politik angeht, ist zu bedenken, will man nicht Form und Inhalt verwechseln. Mit dem Auftreten Putins hat sich die russische Außenpolitik qualitativ entwickelt: von der Jelzinschen Unterwerfung unter NATO- und US-Interessen zunächst auf eine Verteidigung der eigenen Souveränität, dann im Gleichklang mit der VR China auf eine Verteidigung der UN-Charta, und im letzten Jahr auf eine (militärische) Verteidigung des verbündeten Syrien. Damit leistet das Land Widerstand gegen die imperialistische Neuaufteilung vor allem des Nahen Ostens sowie gegen die Beseitigung missliebiger Regime. Das sind politische Aspekte.

Die ökonomischen besagen, dass es in der Russischen Föderation derzeit keine Monopole gibt, die nach außen drängen müssten, denn sie verfügt einerseits über eigene Rohstoffe praktisch jeder Art in ausreichender Menge, und andererseits ist das zentrale Exportprodukt Erdöl/Erdgas weltweit dauergefragt und in einem Kartell reglementiert, sodass eine aggressive Absatzmarkterschließung unnötig ist. Von einer Notwendigkeit oder gar erhöhten Bedeutung des Kapitalexports kann ebenfalls keine Rede sein. Deshalb gibt es begründete Zweifel an einer Einordnung der Russischen Föderation als „imperialistisch“, und deshalb lehnt die DKP die vereinfachende These von „unterschiedlichen imperialistischen Interessen Russlands auf der einen und der USA/der EU/Deutschlands auf der anderen Seite“ ab. Notwendigerweise sind also unsere Schlussfolgerungen anders, was eine Bewertung der unterschiedlichen Krisen angeht, die derzeit bewaffnet ausgetragen werden.

Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, dass die RF kapitalistisch ist. Und es nimmt auch nichts an der Kritik an Repression im Inneren, wie sie auch unsere Bruderpartei KPRF immer wieder vorträgt.

1. Ukraine/Syrien

Ukraine

> Die DKP verteidigt das Recht der Russischen Föderation auf eine friedliche Entwicklung und sichere Westgrenzen

Hinsichtlich der Ukraine bzw. der unabhängigen Gebiete im Donbass hat die Einschätzung, dass die Russische Föderation subjektiv kein imperialistisches Land ist, eine Entsprechung in der Aussage, dass sie objektiv antiimperialistisch agiert, wenn sie der Osterweiterung der NATO Grenzen setzt. Die Unterstützung der prorussischen Kräfte im Donbass seitens der RF dient dem Erhalt des

Friedens in Europa, da die NATO nicht auch noch an der russischen Südwestgrenze Positionen einnehmen kann, nachdem sie nun bereits im Baltikum stationiert ist. Die aggressive Wortwahl der Regierenden und der Herrschenden in den EU-Staaten und den USA hat nichts mit einer angeblichen Bedrohung seitens der RF zu tun, aber viel mit der Tatsache, dass ihrer eigenen Drohung Grenzen gesetzt werden.

Im Gegensatz zu einigen Linksparteien in Europa lehnen wir die Putschregierung der Ukraine ab - auch deshalb, weil sie mit neonazistischen und rechtsextremen Elementen durchsetzt ist. Das Vorgehen der ukrainischen Machthaber gegen jede antifaschistische Symbolik im Gleichklang mit der Schleifung sowjetischer Denkmäler und das laufende Verbotverfahren gegen die KP der Ukraine mitsamt der Festnahme von Mitgliedern der Partei machen die entschlossene Haltung der Russischen Föderation letztlich auch zu einer antinazistischen.

Komplizierter ist eine Einschätzung zu den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die im Widerstand gegen das Regime stehen. Wahrscheinlich ist, dass dieser Konflikt zwecks Destabilisierung des jeweiligen Gegners (für die RF die Ukraine, de facto ist es aber die NATO/EU - für die NATO/EU ist es, unter Nutzung der Ukraine, die RF) über Jahre warm gehalten wird. Zuletzt hat die Führung in Donezk für die Ukraine die Bildung eines „Kleinrussland“ vorgeschlagen, mit dem Ziel einer antifaschistischen und antioligarchischen Neuausrichtung, was inzwischen wieder zurückgezogen wurde. Völkerrechtlich wäre eine Eingliederung des mehrheitlich russischen Donbass in die Russische Föderation richtig, wenn eine Mehrheit der Menschen das wünscht. Politisch hingegen würde das womöglich in einer kriegerischen Verschärfung des Konflikts münden. Eine solche gilt es zu verhindern. Ziel der Volksrepubliken ist jedoch vielmehr eine diplomatische Anerkennung durch die Russische Föderation, was auch die KPRF fordert. Die Donezker VR hat tendenziell eine antikapitalistische Ausrichtung, was sich an der teilweise bereits praktizierten Verstaatlichung grundlegender Industrien und der Infrastruktur zeigt.

Die DKP hat gemäß dem Arbeitsauftrag des 21. Parteitags inzwischen Kontakte zu den KPen im Donbass geknüpft. Wir versuchen, deren Einschätzungen auch für eine Bewertung der beiden Regionalregierungen zu nutzen, denen die KPen bekanntlich nicht angehören. Die UZ leistet mit den Beiträgen von Renate Koppe dafür wertvolle Arbeit.

Syrien

> Die DKP begrüßt das militärische Eingreifen der Russischen Föderation in Syrien als erfolgreichen Versuch, den Islamischen Staat zu bekämpfen, und als Verteidigung des in der UN-Charta festgeschriebenen Rechts der Staaten auf Selbstbestimmung und Nichteinmischung

Eine in diesem Fall offen militärische Aktivität der Russischen Föderation geschieht in Syrien. Diese hat Bedeutung für den gesamten Nahen und Mittleren Osten. Syrien ist im Zentrum des Terrorismus, der die Region durchzieht und die nationale Sicherheit diverser Staaten betrifft. Das Land wehrt sich dagegen seit 2011, zunächst wenig erfolgreich. Das militärische Eingreifen der RF zu Gunsten der syrischen Regierung brachte eine Wende und basierte auf mehreren Säulen. Erstens diente es dem Zurückdrängen des Islamischen Staats, der in unterschiedlichen militärischen Ausdrucksformen und Namen und mit teils unterschiedlichen Motiven von verschiedenen Staaten (Qatar, Türkei, Saudi-Arabien) unterstützt wird. Zweitens setzt es dem US-Plan des „New Middle East“ enge Grenzen, der eine Neuordnung der Region anstrebt und Ersatz bzw. Konkretisierung des vorherigen Plans „Greater Middle East“ ist. Drittens geschah es auf Bitten der syrischen Regierung, was es von anderen Akteuren in diesem Konflikt unterscheidet. Viertens beendete es vorerst Versuche, über einen Regime Change in Syrien den nächsten Krieg gegen den Iran mit gleichem Ziel voranzutreiben. Fünftens dient es auch dem Erhalt der russischen Militärbasis, also einem Zugang zum Mittelmeer. Alles dient demnach letztlich natürlich auch eigenen Überlebensinteressen und wird daher international auch von der VR China unterstützt, die auf der imperialistischen „To do-Liste“ nach Syrien und dem Iran gleich hinter der Russischen Föderation aufgeführt ist.

Die UZ ist dank Manfred Ziegler die Zeitung in Deutschland, die sicher am besten die äußerst komplizierte Gemengelage in der Region aufarbeitet.

2. Kurdistan

> Die DKP verteidigt sowohl die territoriale Integrität der Staaten der Region als auch das Recht des kurdischen Volks auf Selbstbestimmung innerhalb Syriens

Das erwähnte Projekt der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens ist durch die russische Entschlossenheit zwar gebremst, aber zumindest partiell noch im Visier des Imperialismus. Denn der Kern des „New Middle East“ ist die komplette Zerstörung des Irak als Staat, mit der Gründung von sunnitischen, schiitischen und kurdischen

Siedlungsgebieten, was auch zu Lasten Syriens, der Türkei und des Iran gehen würde.

Die USA haben sich im Sinne dieser Strategie zum gegenseitigen Nutzen mit den Kräften der kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG bzw. PYD verbündet, indem sie sie mit Waffen und militärischer Logistik versorgen. Diese wenden sich entschieden gegen den Islamischen Staat, was aber nur zu Zeiten der Befreiung von Kobane im Sinne der Vereinigten Staaten war, und sie wenden sich natürlich grundsätzlich (aber hier nicht militärisch) gegen die Türkei. Dabei ist gesondert zu betrachten, in welchem Verhältnis sich die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei besonders im Zusammenhang mit dem Putsch gegen die AKP-Regierung befinden. Denn die USA stärken die kurdischen Einheiten heute sicher auch gegen türkische Interessen, aber genauso nutzen sie sie als Spaltpilz für eine Nachkriegsordnung für Syrien, nachdem man die Verfasstheit des Landes trotz aller direkten und indirekten Anstrengung nach heutigem Stand der Dinge nicht eliminieren kann. Dazu gehört, dass die Einheiten der YPG in Zusammenarbeit mit den US-Truppen nun auch außerhalb kurdischer Gebiete kämpfen und dabei der syrischen Armee die Befreiung weiterer Gebiete vom IS erschweren, welche die Kurden und die USA als Faustpfand gegen die Assad-Regierung haben wollen (Al-Raqqa).

Die Emanzipation des kurdischen Volks in seinen Siedlungsgebieten, die auf dem Territorium der Türkei, Syriens, Armeniens und des Irak liegen, ist durchaus eine notwendige Bedingung für ein respektvolles Zusammenleben der verschiedenen Völker. Die irakischen Kurd/inn/en unter Masud Barzani führen nach über zehn Jahren in zwei Wochen ein zweites Unabhängigkeitsreferendum durch; und die syrischen Kurd/inn/en wollen Autonomie. Ein eigener Staat (den die syrischen Kurd/inn/en derzeit nach eigener Aussage nicht anstreben) wäre jedoch so sehr im Sinne der imperialistischen Staaten, dass er sich für die Kurden selbst als kontraproduktiv erweisen könnte.

Eine Syrische Föderation mit autonomen Rechten für die kurdische Minderheit kann zwar mittelfristig eine Lösung sein, schwerlich aber in Zeiten des Krieges und den vermutlich noch Jahre andauernden Kämpfen lokaler Machthaber. Das komplizierte Verhältnis zwischen einer emanzipatorischen Entwicklung des kurdischen Volks gegenüber der Arabischen Republik Syrien und der Verteidigung des Staatsgebildes Syrien gegen die terroristischen Angriffe des IS (und damit des Imperialismus) spricht gegen schnellere Schritte. Wahrscheinlich kann das Thema der Kurd/inn/en in Syrien auch nicht losgelöst von der Frage ihrer Autonomie im Irak und auch nicht ohne eine Überwindung der Unterdrückung ihres Volks in der Türkei angegangen werden.

Interessant und hilfreich war die diesbezügliche Debatte in der UZ. Die Internationale Kommission hat vor wenigen Wochen mit der Syrischen KP über einige dieser Fragen sprechen können. Die SCP steht zum Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volks in Syrien, lehnt eine Kollaboration mit den USA jedoch ab.

3. Die Zusammenarbeit mit den Kommunistischen Parteien

Die Beziehungen zwischen den Kommunistischen und Arbeiterparteien basieren auf einer fast hundertjährigen Erfahrung, die sich vereinfachend in vier Abschnitte teilt: ein Vierteljahrhundert KomIntern, ein Vierteljahrhundert ohne KomIntern (aber dennoch unter unbestrittener sowjetischer Führung), ein Vierteljahrhundert Schwächung durch die Abspaltung des maoistischen Flügels, ein Vierteljahrhundert nach der historischen Niederlage 1989/91.

„Die DKP lässt sich von der Erfahrung leiten, dass die Stärkung der internationalen revolutionären Bewegung zugleich die Stärkung der revolutionären Bewegung in den einzelnen Ländern einschließt. Die DKP verbindet das konsequente Eintreten für die Sache der Werktätigen im eigenen Land mit der solidarischen Unterstützung des Kampfes der fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt.“

So heißt es in unserem Parteiprogramm, und man kann immer noch sagen, dass die DKP bei aller Schwäche ein wesentliches Standbein in der internationalen Solidarität hat. Diese entwickeln wir in der Regel über oder in Zusammenarbeit mit den existierenden Kommunistischen Parteien der jeweiligen Länder. Wir haben es mit Regierungsparteien sozialistischer Staaten, Mitregierungsparteien kapitalistischer Staaten, starken und schwachen Oppositionsparteien sowie illegalen Parteien zu tun. Die Möglichkeiten der Beziehungen sind von der jeweiligen Situation selbstverständlich nicht unbeeinflusst.

Mit der Entstehung des SolidNets und der aus dessen Mitgliedern bestehenden jährlichen Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien wurde ab 1999 der Versuch unternommen, sich über Gemeinsamkeiten zu verständigen und gegebenenfalls auch gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. In der Regel nehmen zwischen der Hälfte und zwei Drittel der Mitglieder der SolidNet-Liste aus etwa 120 Parteien an den Treffen teil.

Die DKP ist traditionell Teilnehmerin und hat zu fast allen Parteien der Liste offizielle Kontakte, natürlich unterschiedlicher Intensität. Diese Treffen leisten einen wichtigen Beitrag zur Analyse der Haupttendenzen des internationalen Klassenkampfes und der strategischen Orientierung der kommunistischen Bewegung und fördern deren

Aktionseinheit. Eine zunehmende politische und ideologische Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung wäre ein wichtiger Faktor bei allen Anstrengungen, den Imperialismus zurückzudrängen. Tatsache ist jedoch, dass es in Fragen von Bündnispolitik, Übergangsforderungen, Einschätzungen der Staaten mit sozialistischer Orientierung sowie Einschätzung von „fortschrittlichen Staatenbündnissen“ (wie BRICS) Unterschiede gibt.

„Dabei geht die DKP von dem Grundsatz aus, dass jede Kommunistische Partei ihre Politik selbstständig erarbeitet. Sie trägt hierfür die Verantwortung vor der eigenen Arbeiterklasse und Gesellschaft und zugleich vor den Werktätigen aller Länder.“

Diese Aussage aus dem Programm der DKP sollte unterstrichen werden. Als DKP orientieren wir auf die Vermeidung sowohl rechts- wie linksopportunistischer Überspitzungen. Wir versuchen dem argumentativ zu begegnen.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit bleibt auf einer Zusammenarbeit mit den KPen in Europa; das Ziel, nach dem 21. Parteitag unsere Kontakte nach Asien zu verbessern, konnte dennoch mit Erfolg angegangen werden. Hier sind die Beziehungen zur KP Vietnams und zur Revolutionären Partei des Laotischen Volks hervorzuheben, aber auch zur KP Chinas und zur Japanischen KP gibt es mehr Kontakte. Auch wurden etwas mehr Verbindungen zu afrikanischen KPen geknüpft, so zu jener aus Swasiland. Die Anbindung an Lateinamerika ist nach wie vor gut, konkret natürlich zur KP Kubas. Besondere Beziehungen bestehen darüber hinaus zur KP Venezuelas und zur Kolumbianischen KP.

Die Aktivitäten der Internationalen Kommission haben sich in Europa inzwischen auch nach Osten verstärkt, so neben den traditionell guten Kontakten zur Ungarischen Arbeiterpartei und zur KSCM, zur KPRF, zur KP der Ukraine und zur KP Polens. Deutlich verbessert haben sich die Kontakte zur Französischen KP, woran sich zeigt, dass Gegensätze in einigen Fragen Zusammenarbeit in anderen Fragen nicht beeinträchtigen müssen. In engem Austausch stehen wir außerdem mit der KP Britanniens, nicht zuletzt war auch deren Friedensfahrt „Pedal4Progress“ von Prag nach Berlin durch die Zusammenarbeit mit der KSCM und der DKP abgerundet worden. Die KP Griechenlands hat uns mitgeteilt, dass sie bei den bevorstehenden Bundestagswahlen zur Wahl der DKP aufruft, ein schöner Akt des Internationalismus!

Die konkreteste Zusammenarbeit besteht mit den Parteien aus den Niederlanden, Luxemburg und Belgien. Die letzte der jährlichen Konferenzen fand mit gutem Erfolg Anfang April in Münster

statt. Die Teilnahme der Partei der Arbeit der Schweiz als Beobachterin bei den letzten drei Konferenzen hat eine intensivere Beziehung zu ihr nach sich gezogen. Denkbar ist, eine ähnliche Konferenz wie mit den BeNeLux-Parteien auch im Alpenraum anzustoßen. Darüber hinaus finden bilaterale Gespräche mit KPen statt, wobei internationale Treffen genutzt werden wie auch Besuche von Genoss/inn/en anderer Parteien in Deutschland.

„Die DKP entwickelt in ihren eigenen Reihen Diskussionen über Positionen anderer KPen und Arbeiterparteien, ohne diese damit zwangsläufig zu übernehmen oder für sich und noch weniger für den Wirkungsbereich dieser Parteien abzulehnen“, heißt es im Beschluss des 21. Parteitag. Als Grundsatz gilt, dass jede KP für die Analyse der Situation in ihrem Land und für ihr sich daraus ergebendes Handeln die Verantwortung trägt. Diese Analysen haben für unser eigenes Urteil ein besonderes Gewicht.

Ein offener Meinungs austausch auf der Basis von Selbstständigkeit, Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und freiwilliger Zusammenarbeit erweitert unsere wissenschaftliche Weltanschauung. Wir betrachten die kommunistischen Bruderparteien im Meinungs austausch als gleichrangig, unabhängig von ihrer Größe oder ihrem Einfluss in der Gesellschaft. Dieses Herangehen erwarten wir auch von ihnen. Wir halten es so, dass Kritik unter Bruderparteien nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wird. Dieses Prinzip gilt es in unserer Mitgliedschaft zu verteidigen. In unseren Parteipublikationen dürfen Bewertungen von unterzeichnenden Autor/inn/en nicht als Position der DKP dargestellt werden.

Das gilt besonders für Bewertungen von Entwicklungen von Staaten, die von Bruderparteien reigiert werden. Die DKP verteidigt einerseits die sozialistischen Errungenschaften in den Staaten mit sozialistischer Orientierung gegen die Diffamierungen durch den Klassegegner und seine Medien; andererseits gehen wir die Beziehungen zu den Kommunistischen Parteien, die sozialistische Staaten anführen, mit Respekt vor der Schwierigkeit ihrer Aufgabe an. Gleichzeitig versuchen wir ihr Herangehen historisch und logisch zu verstehen; eine Dialektik, die sowohl Personenkult als auch Kritiklosigkeit ausschließt.

In der 3. PV-Tagung hatten wir in der Auswertung der internationalen Beschlüsse des 21. Parteitag (3. Tag) u.a. festgehalten: *In die Zeit bis zum 22. Parteitag werden wichtige Ereignisse internationaler Art fallen: 100. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution sowie 100. Jahrestag der Novemberrevolution, die jeweils Ergebnisse des Ersten Weltkriegs sind. Die Friedensfrage ist auch heute wieder zentral; vermehrte Anstrengungen sind auch in Europa erforderlich, wie das Beispiel der Ukraine zeigt. Erforderlich ist eine Anstrengung, mit den fortschrittlichen Kräften der arabischen Welt zusammenzuarbeiten. Dort finden die wesentlichen Kriege statt; dort ist der Imperialismus in seinen unterschiedlichen Facetten massiv engagiert und stellt sich gegen die Interessen der dortigen Völker.*

Es ist offensichtlich, dass die damalige Einschätzung leider zutreffend war. Auch daher der Vorschlag, diese Themen heute zu diskutieren.

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

09./10. September 2017, Essen

(Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.)

Zu aktuellen Fragen und der weiteren Vorbereitung des 22. Parteitages

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich werde mich leider heute nicht, das ist zu kritisieren, mit allen politisch wichtigen Fragen beschäftigen können. Beim Duell Merkel/Schulz war ich zuerst aus Unlust nicht dabei, dann bin ich eingekickt – das ist individuell zu kritisieren. Bei anderen Fragen hinderte mich die Parteiauseinandersetzung, wie uns wohl alle, unabhängig von der Position, daran die Zeit für die politischen Auseinandersetzungen aufzuwenden, die dafür nötig wäre. Ich werde mich deshalb neben dieser Auseinandersetzung im Folgenden auf die Punkte Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel, Dieselskandal, Volkswagen, Rechtsentwicklung und die Situation in Venezuela beschränken.

Heute sind wir in Gedanken bei den Menschen in der Karibik, in Florida und Mexiko, die unter dem schrecklichen Hurrikan bzw. dem Erdbeben leiden. Natürlich hoffen wir vor allem auch für das sozialistische Kuba, dass sich die Schäden in Grenzen halten. Wir denken vor allem an die Menschen, die aus Gründen der Armut, aus Gründen des Kapitalismus schutzlos sind als alle anderen. Wir hoffen, dass sich die Aufmerksamkeit der Menschheit und der Medien nicht weiter umgekehrt proportional zur Armut verhält. Das erleben gerade die Menschen unter anderem in Bangladesch, deren dramatische Situation im Unterschied zur Flut in den USA kaum wahrgenommen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

im internationalen Echo werden die neuen Tests mit atomar bestückbaren Langstreckenraketen, die auch US-amerikanisches Territorium im Pazifik oder gar das Kerngebiet erreichen können, und der erfolgreiche Test einer Wasserstoffbombe durch die Demokratische Volksrepublik Korea scharf verurteilt. Was ist die Meinung der DKP dazu?

Zunächst: Kein rational denkender Mensch kann an einer Zunahme der militärischen und politischen Spannungen im Fernen Osten interessiert sein, die unkalkulierbare militärische Risiken in

sich birgt. Es ist nicht zu begrüßen, wenn die Anzahl der Atomwaffen zunimmt.

Vergessen wir dabei jedoch nicht, dass es der US-Imperialismus, dass es US-amerikanische Atombomben waren, die vor über 70 Jahren in Asien eingesetzt wurden. Vergessen wir nicht, dass es US-Truppen waren, die im Sommer 1950 den Überfall der südkoreanischen Armee auf Volkskorea im Rahmen eines umfassenden, vom damaligen US-Außenminister Dulles entworfenen Konzeptes der weltweiten „Befreiung“ der sozialistischen Staaten inszenierten. Die Zerstörungen und die immense Zahl der Toten nördlich des 38. Breitengrades, die das mörderische Bombardement der US-Luftwaffe und der Bodentruppen hervorriefen, warfen die sich grade entwickelnde sozialistisch-orientierte Volkswirtschaft des Nordens um viele Jahre zurück. Der Krieg in Korea sollte vor allem den Sieg der chinesischen Volksrevolution und deren Bündnis mit der UdSSR wieder rückgängig machen.

Auch heute geht es gar nicht so sehr um das kleine Land Nordkorea. Es geht um den Versuch, die souveräne Entwicklungsoption zu stoppen. Der US-Imperialismus will verhindern, dass sich China und Russland bei Wahrung ihrer jeweils sehr unterschiedlichen Entwicklungswege zu einem strategischen Bündnis zusammenschließen, das den Hegemonialabsichten und Weltmachtplänen des US-Imperialismus widerspricht.

Vergessen wir auch nicht, wie der US-Imperialismus von ihm zu „Diktatoren“ abgestempelte Staatsführer brutal liquidieren und deren Staaten und Bevölkerung brutal niederbomben lässt, weil sie sich seinem Weltherrschaftsanspruch nicht widerspruchslos beugen. Ich denke natürlich an die Kriege gegen Irak, Libyen und Syrien oder auch an die Organisierung der Konterrevolution gegen Chile 1973 und heute gegen Venezuela. Ist es nicht logisch, dass die nordkoreanische Partei- und Staatsführung nicht bereit ist, in die Fußstapfen von Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi und Baschar al-Assad zu treten?

Solange hunderttausende US-Soldaten im Süden der koreanischen Halbinsel stationiert sind, solange der Süden hochgerüstet wird und immer wieder provozierende Militärmanöver der US-Armee und der südkoreanischen Armee an den Grenzen zur KDVR stattfinden, solange muss diese einen eigenen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg suchende Volksrepublik sich gegen alle militärischen Bedrohungen schützen.

Erst die Entmilitarisierung und vor allem der Abzug der US-amerikanischen Truppen und Waffen von der koreanischen Halbinsel sowie ein Ende der Bedrohung Nordkoreas könnte eine Chance für eine nichtmilitärische und nichtkonfrontative Politik der friedlichen Koexistenz eröffnen. Wir sind für eine atomwaffenfreie Zone auf der koreanischen Halbinsel. Die wird es aber ohne ein Ende des amerikanischen Säbelgerassels, ohne Sicherheitsgarantien für die KDVR nicht geben.

Wir prangern gleichzeitig die Heuchelei der US-Regierung, aber auch der Bundesregierung an. Wer selbst mit Atomwaffen hochgerüstet ist bis an die Zähne, wer dadurch tagtäglich den Atomwaffensperrvertrag bricht, der sitzt im Glashaus – und die Menschen würden es auch merken, wenn darüber berichtet würde.

Wer selbst, trotz SPD in der Regierungsbeteiligung, nicht an den UN-Verhandlungen zur endgültigen Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen teilnimmt, wer duldet, dass solche in der Bundesrepublik, konkret in Büchel lagern, der sitzt im Glashaus – und die Menschen würden es merken, wenn darüber berichtet würde.

Wer sich im Rahmen der NATO daran beteiligt, das US- und NATO-Gerassel, die Kriegstreiberei auf der koreanischen Halbinsel, dafür auszunützen, heimlich Pläne zu schmieden, Atomwaffen noch näher an die russische Westgrenze zu bringen, der ist Kriegstreiber, der gefährdet den Frieden und die Zukunft der Menschheit für imperialistische Interessen. Dessen Erregung über die Rüstung der KDVR ist unehrlich und dient nur den eigenen imperialistischen Gelüsten.

Wir wiederholen es und müssen es immer wieder sagen: Ohne eine starke Friedensbewegung werden wir keine Erfolge erzielen. Den Kriegstreibern muss in den Arm gefallen werden, überall auf der Welt, aber auch bei uns. Wir grüßen die Aktionen in Ramstein und hoffen, dass sie massenhaften Zuspruch finden. Wir wissen dabei, dass wir unsere Beteiligung erheblich verbessern müssen. Gleichzeitig sind wir froh, dass wir mit unserer erfolgreichen Aktion in Büchel einen Beitrag dazu leisten konnten.

Wir denken, dass jetzt die Aufrufe, Aktionen und Unterschriftensammlungen, die vor allem auch von Gewerkschaftsgliederungen gegen die Anhebung des Rüstungshaushalts auf 2 Prozent des

Bruttoinlandsproduktes, unsere Unterstützung verdienen. Wir sollten die Initiativen, die derzeit unter anderem vom DGB aus Köln und Hamburg kommen, überall aufgreifen und verbreiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

systematische und keine Lügen scheuende Propaganda im Dienste auch des deutschen Großkapitals, genauer gesagt der großen Automobilkonzerne, betreibt die Regierung Merkel auch seit der Enthüllung der kriminellen, bestens organisierten und intern abgesprochenen Machenschaften, die verharmlosend als Diesel-Skandal bezeichnet werden. Selten hat sich, wie in diesem Fall, die bereits von Lenin kritisierte „Allianz von Regierung und Börse“ und die aufs engste verwobene Machtstruktur zwischen Regierung und Industrie offenbart.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus führt ein neues Lehrstück auf. Auch innerhalb der antikapitalistischen Linkskräfte – uns eingeschlossen – hat sich kaum jemand vorstellen können, wie eng diese Sippschaft miteinander verkuppelt ist. Dass eine offizielle Erklärung der Landesregierung in Hannover erst über einen Schreibtisch der VW-Zentrale in Wolfsburg geht und von dort abgesegnet wird, das hat nicht nur das sprichwörtliche „Geschmäckle“. Das ist praktizierter „Stamokap“ in Reinkultur.

Wie sehr haben doch jahrzehntelang sogenannte „antirevisionistische und unorthodoxe Linke“ uns Marxisten-Leninisten verspottet ob dieser „einseitigen und viel zu mechanistischen Stamokap-Theorie“. Das sei doch alles im modernen und sich globalisierenden Kapitalismus „viel differenzierter“ und nicht so „primitiv“, wie wir das immer schon erklärt hatten. Doch das Gegenteil ist der Fall: Das Beispiel der internen Absprachen der Automobilmonopolisten und ihre Verzahnung auf allen denkbaren Ebenen mit den Staatsapparaten in Hannover, München, Stuttgart, Berlin und natürlich in Brüssel hätten sich auch die marxistischen Klassiker gar nicht besser ausdenken können, um den kapitalistischen Staat in seiner Rolle als „ideellen Gesamtkapitalisten“ zu illustrieren.

Wenn es nicht so dreckig wäre, könnte man fast bewundern, was sie aus solch einem Skandal dann noch machen. Damit bloß keiner auf die Idee kommt, dass das alles für die Vergesellschaftung unter demokratischer Kontrolle spricht, dreht man den Spieß noch um und versucht, das VW-Gesetz und damit letztendlich den letzten, recht kastrierten öffentlichen Einfluss noch zu kippen. Man nutzt einen Skandal, der die Perversion des staatsmonopolistischen Kapitalismus entlarven könnte, um zu versuchen, öffentlichen Einfluss, der von einer staatsmonopolistischen Regierung nie gegen die Konzerninteressen in Stellung gebracht wurde, zurückzudrängen.

Der sogenannte Diesel-Skandal ist in vielfältiger Weise ein Modell für die Richtigkeit unserer anti-monopolistischen Analyse und Strategiekonzeption.

Leider aber auch ein Negativbeispiel dafür, wie eine betriebliche Einbindung funktioniert. Natürlich brauchen wir den Kampf für den Erhalt des VW-Gesetzes. Wir brauchen aber nicht den Schulterchluss von betrieblicher Interessenvertretung mit dem Management und den Eigentümern zur Verteidigung der verbrecherischen Machenschaften. Wir brauchen die Verbreitung der Erkenntnisse, dass alles, was wir erleben, für Vergesellschaftung spricht. Und wir brauchen den Kampf dagegen, dass jetzt, nachdem man jahrzehntelang Milliarden verdiente und dabei die Zerstörung der Umwelt billigend in Kauf nahm, dass man ein Kartell zum Erhalt alter Techniken bildete, dass man ein Kartell gegen schon lange mögliche Gegenmaßnahmen, selbst gegen einen größeren Harnstofftank bildete, die Massen mit einem neuen Konjunkturprogramm für die künftigen Profite der Automobilindustrie dann aus Elektroautos zahlen sollen.

Wir hatten schon auf der 6. PV-Tagung mit Blick auf die damaligen Enthüllungen problematisiert, dass der sogenannte „Zukunftspakt“ der VW-Betriebsräte mit der Konzernspitze nicht allein die Antwort sein kann, mit der auf diese kriminellen Machenschaften seitens der Belegschaften reagiert wird. Die seither verstrichenen Monate bestätigen diese Kritik.

Angesichts von allein 24 Milliarden Dollar Strafen in den USA und weiteren zig Milliarden „Rückstellungen“ für Entschädigungen und weitere kommende Prozesse, die doch nicht anderes sind als vorenthaltene Löhne und Gehälter – also „Lohnraub“ –, kann doch eine vom Betriebsratsvorsitzenden Osterlohe initiierte Unterschriftensammlung nur wie ein Kalauer wirken. Natürlich ist auch uns klar, dass die Prozesse in den USA auch etwas mit den Interessen der dortigen Autoindustrie zu tun haben. Dagegen hilft aber kein Schulterchluss mit dem „eigenen“ Großkapital, dagegen hilft nur Klassenkampf.

Ja, wir sind für die Verteidigung des VW-Gesetzes und die besondere Rolle des Landes Niedersachsen im Gesamtpool der Aktionäre. Wir erwarten aber auch, dass die damit gegebenen besseren Verhandlungsbedingungen für die IG Metall und die Betriebsräte anders genutzt werden als mitzuhelfen, die kriminellen Machenschaften mehr oder minder totzuschweigen und die räuberischen Spitzenleute im Konzern mit Samthandschuhen anzufassen. Das zu verbreiten, nimmt uns niemand ab.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns vor einigen Monaten im PV mit der Rechtsentwicklung grundsätzlich beschäftigt. Leider bestätigt uns die Realität drastisch in unseren Einschätzungen. Zu nennen ist hier das Bürgerkriegsszenario in Hamburg um den G20-Gipfel. Zu nennen ist hier aber auch eine Tendenz, die offensichtlich in der Justiz um sich greift. In der Vergangenheit war es doch meist so, von Erscheinungen, wie dem damaligen Richter „Gnadenlos“ Schill in Hamburg abgesehen, dass die Justiz meist ein Überziehen der Staatsorgane zumindest etwas abmilderte. Die Exekutive wurde also tatsächlich manchmal gezähmt, wenn sie zu sehr überzog. Dies scheint nun flächendeckend verloren zu gehen. Die Rolle der Justiz in Hamburg während des G20-Gipfels war eine andere und die ersten Skandalurteile danach deuten ebenfalls in diese Richtung. Auch das Urteil gegen die Aktivisten von „Düsseldorf stellt sich quer“ kriminalisiert mit einer neuen Qualität Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Arnold Schölzel zieht in einem Kommentar in der „jungen Welt“ eine Verbindung zur deutlich gewordenen öffentlichen Gehorsamsverweigerung von Generälen gegenüber von der Leyen und spricht von einer „Faschisierung des Apparats“. Nimmt man die bewusste Nichtaufklärung der Rolle von Staatsorganen beim NSU-Terror zu den genannten Erscheinungen hinzu, dann liegt auf jeden Fall auf der Hand, dass wir es bei Demokratieabbau und Rechtsentwicklung tatsächlich mit einer neuen Qualität zu tun haben. Und diese neue Qualität hat etwas mit dem neuen Militarismus und der Vorbereitung auf den Umgang mit den Ergebnissen der tiefen sozialen Spaltung zu tun, die unser Land, die EU, Europa durchziehen.

Diese soziale Spaltung ist dramatisch. 20 Prozent der Kinder, im Ruhrgebiet jedes dritte, in manchen Stadtteilen jedes zweite, leben in Armut. Das ist ein Verbrechen. Jeder zwölfte Beschäftigte in unserem Land ist gezwungen, neben seiner Vollzeitstelle noch einer geringfügigen Beschäftigung nachzugehen. Knapp 10 Prozent der Beschäftigten verdienen unter 869 Euro im Monat und gelten offiziell als arm. Über eine Million Erwerbstätige sind „Aufstocker“, verdienen unter Hartz-IV-Niveau und bekommen zum Überleben eine Zahlung vom Amt.

Dann die Nachricht, Erhöhung des Hartz-IV-Satzes ab Januar. Es ist ein völliger Skandal, die Armen bekommen Krümel – und die herrschende Klasse saht ab. Die Agenda 2010 muss abgewiekt werden, und bevor Schulz das nicht eindeutig sagt, gilt: Er hat kein Recht über soziale Gerechtigkeit zu reden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

welchen Widerstand die herrschende Klasse entwickelt, wenn nur leicht an ihrer Macht gekratzt wird, das erlebt die boliviarische Revolution in Venezuela, das erleben unsere Genossinnen und Genossen der kommunistischen Partei Venezuelas derzeit dramatisch. Dabei schätzen unsere Genossinnen und Genossen ein, dass es sich bei den Prozessen der boliviarischen Revolution bislang keineswegs um eine sozialistische Revolution handelt, sie kritisieren zu recht viele Halbheiten und sind natürlich trotzdem aktive Kämpferinnen und Kämpfer der boliviarischen Revolution.

In Venezuela inszeniert die Reaktion Unruhen, Revolutionäre leben gefährlich. Da war das Referendum zur verfassungsgebenden Versammlung eine Art Befreiungsschlag. Ganz offensichtlich haben das auch Teile der Opposition gemerkt, die sich gezwungen sehen, ihre Boykottpolitik aufzugeben. Unsere Schwesterpartei braucht dringend unsere Solidarität, ein wesentliches Moment ist es, ihr zu ermöglichen, in Venezuela über die Positionen der Partei zu informieren und international die Wahrheit über die Situation in Venezuela zu verbreiten.

Bei beidem wollen wir helfen. Das ist der Hintergrund für die Solidaritätsaktion, die wir auf Bitten unserer Schwesterpartei gestartet haben. Es war sehr gut, dass wir damit auch die Möglichkeit hatten, Genossen Carolus Wimmer, den internationalen Sekretär der Partei, nach Deutschland zu holen. Er hat sowohl für die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba als auch für uns eine Tournee durch Städte unseres Landes gemacht. Die Veranstaltungen waren gut besucht, und ich denke, alle Besucherinnen und Besucher waren von Carolus tief beeindruckt und erfuhren die Alternative zum Mainstream der Medien, die sich seit langem völlig auf die Seite der herrschenden Klasse, der Opposition in Venezuela geschlagen haben. Leider fällt viel zu wenigen Menschen auf, dass doch was nicht stimmen kann, wenn man das Ausblenden der Berichterstattung über Polizeigewalt in Hamburg mit dem Bejubeln der Schönheit einer Molotow-Cocktail werfenden Frau in Venezuela vergleicht.

Carolus ist mit unserer Hilfe zum Avante-Pressefest nach Portugal weitergereist. Er rief noch mal an, um sich bei uns, der DKP, ganz herzlich zu bedanken und er legte uns ans Herz, unser Licht nicht immer so unter den Scheffel zu stellen. Er sagte, wer selbst solche Veranstaltungen organisiert, wie er sie bei der Rundreise unserer Partei erlebt hat, wer so dabei ist, wie es Genossinnen und Genossen von uns auch bei der Rundreise der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba waren, der soll nicht dauernd nur sagen, wie

klein und schwach er ist. Vielleicht tut uns so eine Außensicht ja auch mal gut.

Wir rufen auf, jetzt die Sammlung von Spenden für unsere Soli-Kampagne zu intensivieren. Bereits heute sind mehr als 5.000 Euro zusammengekommen, das ist gut und kann noch besser werden. Unsere Genossinnen und Genossen in Venezuela brauchen sie dringend und haben sie erst recht verdient. Machen wir das in unseren Reihen, aber lasst uns diese praktische Form der Solidarität mit der boliviarischen Revolution auch in unser Umfeld tragen. Wer hilft, die Arbeit der kommunistischen Partei Venezuelas zu unterstützen, der unterstützt die boliviarische Revolution.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme jetzt zur Parteiauseinandersetzung. Es ist völlig legitim, wenn Genossinnen und Genossen darum kämpfen wollen, dass die DKP zurückkehrt zur DKP des Jahres 2012, zur DKP vor dem 20. Parteitag. Das äußerte auch der ehemalige Vorsitzende unserer Partei auf einer weiteren, nicht öffentlichen Tagung der Gruppe, die sich selbst als kommunistisches Netzwerk in der DKP bezeichnet.

Es ist aber auch völlig legitim, wenn ich hier in aller Deutlichkeit erkläre, dass ich dagegen ankämpfen werde, dass das mit mir nicht zu machen ist. Das hat nichts mit Geschichtsvergessenheit zu tun, ich stehe zu allen Phasen der Entwicklung der DKP, so wie ich zu allen Phasen der Entwicklung der KPD stehe.

Aber seien wir doch ehrlich, die DKP 2012, das war eine Partei, die drauf und dran war, ihre weltanschaulichen Grundlagen, die Grundlagen der KPD seit 1918 und der DKP seit 1968, zu verlassen. Die DKP 2012 ging immer stärker den Weg, sich selbst und damit die Notwendigkeit der Autonomie einer kommunistischen Partei, die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei zu vergessen.

Die DKP 2012, das war doch eine Partei, die mit Abgrenzung bzw. erhobenem Zeigefinger das Verhältnis zur SDAJ gefährdete. Die Gefahr, damit den entscheidenden Zugang zu revolutionären Jugendlichen zu verlieren, war groß. Das Ergebnis dieser Politik, die der 20. Parteitag korrigierte, wirkt sich doch bis heute aus. Die Tendenz zur Verengung, wie sie aus dem alternativen Satzungsentwurf in der Diskussion der SDAJ spricht, ist doch auch ein Pendelausschlag als Reaktion auf die damalige Situation.

Die DKP 2012, das war doch eine Partei, die fälschlicherweise glaubte, Konkurrenz und Gegnerschaft statt Miteinander im Verhältnis zur „jungen Welt“ und zum „Rotfuchs“ in den Vordergrund stellen zu müssen. Welch ein Unterschied zu heute, wenn wir diese Publikationen verfolgen, wenn

wir an das „Café K“ im Rahmen der Rosa-Luxemburg-Konferenz denken. Welch ein Unterschied, wenn wir uns auf die gemeinsame Veranstaltung mit „Rotfuchs“ und SDAJ zu 100 Jahre Oktoberrevolution freuen.

Und zuletzt, natürlich ist es ein Effekt der wahlpolitischen Abstinenz, die wenig bis gar nichts mit Bündnispolitik zu tun hatte, wenn heute droht, dass die MLPD wahlpolitisch an uns vorbeizieht. Also eine Gruppe, die der Arbeiterbewegung mit einem antikommunistischen Geschichtsbild schadet, die die Konterrevolution in Europa begrüßt hat und sie in Kuba, Vietnam begrüßen würde, die in der Friedensfrage Äquidistanz predigt und damit der Friedensbewegung in den Arm fällt.

An den meisten Orten kämpft die DKP seit einiger Zeit darum, diese Entwicklung zurückzudrehen. Die DKP ist wieder mehr auf der Straße, merkt, wie sie mancher Dinge entwöhnt ist und arbeitet daran, dies zu ändern.

Es gibt aber auch einen Punkt, an dem selbst Genossinnen und Genossen, die auf die Rückkehr der DKP in die Vergangenheit hoffen, nicht korrekt mit der Vergangenheit umgehen. In der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein konnte ein Parteitagbeschluss, der Antritt mit einer Landesliste zur Bundestagswahl, nicht umgesetzt werden, weil er u.a. von der Organisation, in der Heinz wirkt, boykottiert wurde. Das gab es vor dem 20. Parteitag nicht. Unabhängig von allen Unterschieden galt das Prinzip: Strittig in der Diskussion, einheitlich in der Umsetzung der gefassten Beschlüsse.

Um im Zusammenhang mit dem Leitantrag eines noch einmal klarzustellen. Der Leitantrag ist vieles, aber kein Zugeständnis an die Inhalte derer, die zur DKP von 2012 zurückwollen. Der Leitantrag bekräftigt die antimonopolistische und antiimperialistische Strategie, die sich in die revolutionäre Strategie der DKP einordnet. Er benennt klar und eindeutig den Imperialismus und den deutschen Imperialismus, damit auch die innerimperialistischen Widersprüche. Er benennt vor allem die Kriegsgefahr, die Gefahr für die Menschheit, die von der herrschenden Klasse und ihren aggressivsten Teilen, der Monopolbourgeoisie der führenden imperialistischen Länder ausgeht.

Er benennt also den Imperialismus und auch den deutschen Imperialismus, er orientiert darauf, dass die Arbeiterklasse durch das Hineintragen von Klassenbewusstsein zu einer Klasse an sich werden muss. Erst dann kann sie, im Bündnis mit anderen antimonopolistischen Schichten, zum revolutionären Subjekt werden. Er formuliert, dass Sozialismus ohne die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis, aber auch unter ihrer Führung nicht zu haben ist. Der Leitantrag legt mit seiner Imperialismusanalyse die Grundlage für die Be-

antwortung aktueller Fragen in unserer eigenen Auseinandersetzung. Diese Analyse kann im Ergebnis eben nicht zu einer Überlegung führen, dass es heute Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten ist, einen Lagerwahlkampf für eine Regierung aus SPD, Grünen und Linkspartei zu führen. Das würde in diesem staatsmonopolistischen Kapitalismus nur dazu führen, auch die Kräfte in der Linkspartei zu integrieren, die ehrlich eine Überwindung des Kapitalismus wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Reaktionen auf die Beschlüsse der 9. PV-Tagung zur Parteiauseinandersetzung haben viele Reaktionen hervorgerufen. Aus meiner Sicht war das meiste davon nicht überraschend. Ich habe in einem ausführlichen Artikel in der UZ noch mal meine Positionen bzw. die Position des Sekretariats dargelegt. Das beinhaltet auch, dass wir die Forderung nach einer Rücknahme der Beschlüsse ablehnen. Das ist natürlich eine Entscheidung des Parteivorstands, wir werden darüber ja beraten und beschließen.

Mehrfach erhoben wurde auch die Forderung nach einem Moratorium. Für uns ist unklar, wo denn da der Unterschied zu einer Rücknahme der Beschlüsse liegen soll – vielleicht kann das ja durch Genossinnen und Genossen, die diese Forderung erheben, präzisiert werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Bildung einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen. Es gibt die Überlegung, dass diese Arbeitsgruppe „strömungsübergreifend“ zusammengesetzt sein soll und es gibt die Überlegung, dass sie dann dem Parteitag Bericht erstattet. Auch das halten wir für keinen zielführenden Weg.

Verantwortlich und vom Parteitag dafür gewählt ist der Parteivorstand. Er trägt die politische Verantwortung, er hat dem Parteitag Rechenschaft abzulegen und darüber hat der Parteitag dann zu befinden. Die Bildung einer AG, wie sie vorgeschlagen ist, bedeutet entweder, dem Parteivorstand diese Verantwortung zu entziehen oder ihn aus der Verantwortung zu nehmen – beides halten wir für falsch. Ein ähnlicher Versuch ist übrigens in der Geschichte der DKP auch in der Auseinandersetzung mit den Erneuerern gemacht worden – ohne Erfolg. Das ist auch deswegen nicht verwunderlich, weil sich natürlich auch in solch einer AG die Frage nach der Loyalität stellt – zur Partei oder zur Fraktion/Strömung.

Wir bleiben aber auch dabei, dass wir nach wie vor die Hoffnung haben, dass es innerhalb der Opposition auch Differenzierungen gibt. Wir hatten auch schon die Hoffnung geäußert, dass es in Teilen zumindest die Bereitschaft gibt, gemeinsam zu überlegen, wie die jetzige Situation überwunden werden kann. Ihr wisst alle, dass diese Hoffnungen bislang durch die Realität nicht be-

sonders genährt wurden und werden. Trotzdem wollten und werden wir nichts unversucht lassen, um unnötige Verhärtungen, die von den notwendigen Debatten um die inhaltlichen Unterschiede wegführen, die das gegenseitige Einigeln befördern, aufzubrechen.

Aus diesem Grund hatte ich auch Genossen Thomas Hagenhofer vorgeschlagen, ein informelles Gespräch zu führen, um abzutasten, ob es Möglichkeiten gibt, die Eigendynamik dieser Entwicklung zu bremsen. Thomas informierte darüber das Bezirkssekretariat im Saarland, ich das Sekretariat des Parteivorstands. Im Ergebnis kam es zu einem Gespräch zwischen Thomas und Artur mit mir und Klaus Leger. Niemand von uns hatte erwartet, dass uns mit diesem Gespräch ein großer Wurf gelingen könne, allerdings war die Atmosphäre recht konstruktiv und wir haben zumindest überlegt, ob wir die Debatten zu den Inhalten geführt bekommen, wenn wir sie auf die beiden Hauptdokumente des Parteitags, den Leitantrag und den Antrag zur organisationspolitischen Entwicklung der DKP, fokussiert bekommen.

Das würde sich auch deswegen anbieten, weil der zweite Beschluss zur Organisationspolitik natürlich auch die Antwort des Parteitags geben wird, was konkret unsere Organisationsprinzipien heute bedeuten.

Klaus und ich sind von diesem Gespräch mit etwas Hoffnung zurückgefahren. Diese ist allerdings verpufft, als wir die neue Stellungnahme des Bezirkssekretariats der DKP Saarland gelesen haben. Dort wird, wie soll man es anders sagen, gelogen, wenn behauptet wird, dass „der Entwurf des Leitantrags von einer Autorengruppe erarbeitet (wurde), deren Zusammensetzung in der Partei nicht mitgeteilt wurde“. Die Zusammensetzung wurde auf der 8. PV-Tagung beschlossen, der Beschluss wurde mit den Namen in den PV-Informationen veröffentlicht.

Der Parteiführung wird wieder alles unterstellt, was man sich so an innerparteilich Bösem zurecht denken kann, das Ausklinken aus der theoretischen Debatte wird schon mal angekündigt, aber nicht, „weil die Diskussion mit uns nicht lohnt“, sondern weil der PV das nicht wollen würde, wie die Konzeption der theoretischen Konferenz zeigen würde. Ohne die Rücknahme der Beschlüsse der 9. PV-Tagung könne es auch keine gemeinsame Debatte „über eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt und für Frieden“ geben. Und damit könne keine „inhaltliche Grundlage für gemeinsames Handeln erarbeitet werden“.

In der Konsequenz wird dann gesagt: „Wenn sich die Parteiführung dazu nicht in der Lage sieht, dann soll sie Platz machen für Wege und mögli-

cherweise Lösungen, die den Zusammenhalt der DKP gerade jetzt sichern können.“

Ich interpretiere jetzt etwas. Solche Aussagen bedeuten: Wir haben den Kampf um die DKP, wie sie vor 2013 war, aufgenommen. Nochmal: Meine Position dazu ist, das ist legitim – ich werde mich dem aber widersetzen. Ich interpretiere weiter: Wenn der PV nicht anerkennt, dass die DKP eine Strömungspartei ist, wenn der PV nicht anerkennt, dass es deshalb keine Verbindlichkeit von Beschlüssen, auch nicht von denen von Parteitag gibt, dann stellt er sich der Gemeinsamkeit in der DKP in den Weg und muss gehen.

Ich sage dazu in aller Deutlichkeit: Würde der PV gehen, würde er den Weg zu einer Strömungspartei nicht nur öffnen, sondern umsetzen. Würde das Sekretariat oder die Vorsitzenden gehen, wäre das nicht anders. Das wäre eine Flucht, ein Herausstehlen aus der Verantwortung. Ich stehe mich nicht aus der Verantwortung und ich stelle mich dem kommenden Parteitag, der hat das Recht und die Pflicht, das Handeln des Parteivorstands, seines Sekretariats und der Vorsitzenden zu beurteilen. Ich persönlich werde dann für eine weitere Periode als Vorsitzender kandidieren, wenn der Parteitag dem Modell einer Strömungspartei eine Absage erteilt.

Gefordert wird ein Moratorium – hinsichtlich des „Netzwerks“ haben wir es doch de facto. Nach den neuen Erklärungen rechnet doch niemand, auch ich nicht, damit, dass das Netzwerk vor dem Parteitag seine Tätigkeit einstellt. Geht ja aus Sicht derer, die für ein Zurück zur DKP von vor 2013 kämpfen, gar nicht. Wie soll man das ohne fraktionelle Strukturen durchsetzen?

Liebe Genossinnen und Genossen des Netzwerks, der Beschluss der 9. PV-Tagung ist nichts anderes als ein Moratorium. Ihr werdet dem höchsten Gremium der Partei, dem Parteitag, erklären können, warum ihr so gehandelt habt, ob ihr die Arbeit des Netzwerkes fortsetzen wollt oder nicht. Ihr werdet ihm erklären können, ob ihr das nur dann tut, wenn der 22. Parteitag Beschlüsse fällt, die ihr für richtig haltet, und was, wenn er das nicht tut. Und der Parteitag wird dann damit umgehen.

Das betrifft übrigens auch die Frage der Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern. Es wird doch gar nicht in Zweifel gezogen, dass diese Gliederung der DKP seit dem 20. Parteitag, also seit vier Jahren, bewusst und politisch gewollt, wesentliche Parteitagsbeschlüsse bekämpft, nicht umgesetzt, boykottiert, umgangen oder konterkariert hat. Es ist lediglich umstritten, ob dies heute für Strukturen der Partei zulässig sein soll oder nicht, aber da sind wir eigentlich wieder bei der Frage der Strömungspartei. Nun droht man indirekt damit, diese Frage durch ein bürgerliches Ge-

richt klären zu lassen; da man sich auf den Standpunkt stellt, dieser Beschluss wäre statuten- und gesetzwidrig, setzt man ihn nicht um. Das ist genauso politischer Kampf, wie der Umgang mit den Finanzen. Und auch da ist es gut, wenn das höchste Gremium der Partei, der Parteitag, entscheidet.

Auch hier bin ich strikt dagegen, den Beschluss des Parteivorstands aufzuheben. Und auch hier wird der Parteitag, das höchste Gremium der Partei, zu entscheiden haben, ob dieser Beschluss Bestand hat.

Ich appelliere nur hinsichtlich einer Frage an alle: Die Beschlüsse des kommenden Parteitags werden zu akzeptieren sein. Eine weitere Periode, wie die beiden vergangenen, wird diese Partei nicht aushalten. Damit meine ich nicht den inhaltlichen Streit, der soll, kann, muss und wird weitergehen, damit meine ich das Aufkündigen des gemeinsamen Handelns. Und ich warne davor, inhaltlichen Streit mit weltanschaulichem Pluralismus zu verwechseln, den kann eine kommunistische Partei auf Dauer auch nicht aushalten.

All die Diskussionen, die wir zum Leitantrag führen und führen werden, sie werden helfen, die kollektive Weisheit der Partei zusammenzuführen. All die Diskussionen, die wir zum Antrag zur organisationspolitischen Perspektive der DKP führen werden, sie werden helfen, die kollektive Weisheit der Partei zusammenzuführen. Selbst wenn der Parteitag dazu Beschlüsse fasst, ist es legitim, inhaltliche Debatten weiterzuführen. Nicht legitim ist aber, wenn man Differenzen zu diesen Beschlüssen hat, nicht AUCH die beschlossene Position der Partei darzustellen. Und nicht legitim ist vor allem, das beschlossene gemeinsame Handeln zu unterlassen, zu boykottieren, zu hintertreiben.

Hinsichtlich der Diskussion des Leitantrags gibt es schon etwas Feedback und es gibt auch Befürchtungen. Eine lautet, dass es gar nicht um eine offene Diskussion ginge, da ja mehrfach von Seiten des Sekretariats und des Parteivorstands betont wurde, dass man die strategische Grundausrichtung der Partei für richtig halte. Diese Haltung steht aber in keinem Widerspruch, dass jede Gliederung der DKP nicht nur aufgefordert ist, den Leitantrag zu diskutieren, sondern natürlich auch das Recht und die Pflicht hat, Änderungsanträge zu stellen, wenn Dinge anders gesehen werden.

Wir haben auch schon Anmerkungen bekommen, bei denen inhaltliche Probleme weniger im geschriebenen Text, denn in Fragen, die nicht im Text enthalten sind, gesehen werden. Das betrifft zum Beispiel die Rolle der Sozialdemokratie oder die Probleme des Zurückdrängens reformistischer Illusionen im Bewusstsein der Arbeiterklasse. Das sind aus meiner Sicht Punkte, bei denen viel dafür spricht, dass sie durch Änderungsanträge ergänzt werden sollten.

Ein weiterer Punkt, der offensichtlich zu Interpretationen führt, ist die Dialektik von Masse und Kader, die wir ganz kurz streifen. Hier haben Genossen und Genossinnen die Furcht geäußert, wir würden das Ziel ausgeben, die DKP zu einer Massenpartei vergleichbar mit der SED machen zu wollen. Das wollen wir natürlich nicht, wir wollen die DKP stärken, um damit auch die Voraussetzung zu schaffen, langfristig, vermutlich sehr langfristig an der notwendigen Massenverankerung der DKP zu arbeiten.

Was wir jetzt brauchen, ist die organisierte Debatte in den Gliederungen der Partei, vor allem den Gruppen. Was wir jetzt brauchen, ist die Hilfe für die Gruppen, das zu organisieren. Das muss auch der zentrale Charakter der theoretischen Konferenz sein. Wir brauchen dort weniger die theoretisierende Debatte, wir brauchen die Darstellung, was die Imperialismusanalyse des Leitantrags, die Überlegungen zur antimonopolistischen Strategie und die Überlegungen zur Wende mit der konkreten Politik heute zu tun haben. Wir brauchen eine Diskussion, weshalb Klarheit in der Imperialismusanalyse wichtig ist, um nicht der Äquidistanz gegen Russland zum Opfer zu fallen, der Strategie auf den Leim zu gehen, die lieber „failed states“ sieht, denn ein Syrien mit territorialer Integrität. Wir brauchen eine Diskussion, weshalb im dominierenden Imperialismus Deutschland ein „Lagerwahlkampf“ für Rot-Rot-Grün das falsche wäre, weil es einen Juniorpartner mit ehrlichen systemkritischen Flügeln an zwei Seniorpartner binden würde, denen die Stärkung des deutschen Imperialismus wichtiger ist als ihre Frühgeschichte.

Das ändert nichts daran, dass unsere Debatten den Antrag qualifizieren und verändern wollen – aber nicht losgelöst von der Realität, den Kämpfen und den notwendigen Kämpfen, sondern mit-tendrin.

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

09./10. September 2017, Essen

Beschlüsse

Versammlungen in der ehemaligen Bezirksorganisation Südbayern

1. Der Parteivorstand lädt zu einer Versammlung der Mitglieder der DKP am 28. oder 29. Oktober (je nach Raumverfügbarkeit) in Südbayern ein.

Tagesordnung:

- * Vorbereitung des 22. Parteitags der DKP, 2.- 4. März 2018 in Frankfurt/Main
 - Organisation der Diskussion des Leitantrags an den 22. Parteitag der DKP
 - Information zum Antrag zur organisationspolitischen Entwicklung der DKP
 - Information zur Wahl der Delegierten zum Parteitag in Südbayern
- * Parteiauseinandersetzung/Beschlüsse der 9. PV-Tagung
 - Information zur Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern
 - Antrag an den 22. PT „Unvereinbarkeit Kommunistisches Netzwerk“
- * Wie weiter nach der Bundestagswahl?
 - Überlegungen zum Umgang mit dem Sofortprogramm
 - Veranstaltung 100 Jahre Oktoberrevolution, 21. Oktober 2017 in Berlin
 - LLL-Treffen der DKP, 13./14. Januar 2018 in Berlin
 - 20. UZ-Pressfest, 7.-9. September 2018 in Dortmund

2. Der Parteivorstand lädt entsprechend Artikel 7 des Statuts der DKP für den 9. Dezember 2017 zu zwei Versammlungen ein:

2.1. Versammlung der Mitglieder der kreisfreien Gruppen im Gebiet der ehemaligen Bezirksorganisation Südbayern.

Auf dieser Versammlung werden entsprechend des vom Parteivorstand beschlossenen Delegiertenschlüssels die Delegierten der kreisfreien Gruppen zum 22. Parteitag gewählt.

2.2. Landesmitgliederversammlung

Auf dieser LMV

- wird über den Stand der Vorbereitung des 22. Parteitags informiert;
- werden ggf. Anträge an den Parteitag beschlossen. Antragsberechtigt sind Gruppen und Kreise im Gebiet der ehemaligen Bezirksorganisation Südbayern.
- werden Delegierte zum Parteitag gewählt, die einem Drittel der Delegierten entsprechen, die in der Kreisorganisation München bzw. der Versammlung der kreisfreien Gruppen gewählt worden sind

(angenommen bei 1-Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

UZ-Redaktion

Ab sofort wird der Gen. Lars M. zum stellvertretenden Chefredakteur der UZ berufen. Lars wird nach dem 22. Parteitag der DKP dem Gen. Lucas Z. als Chefredakteur nachfolgen.

Herbert B. wird vorübergehend die Arbeit der Redaktion auf Honorarbasis verstärken. Am 01.12.2017 beginnt die Gen. Melina D. ein 2-jähriges Volontariat in der UZ-Redaktion, Schwerpunkt Online-Redaktion.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Nachrichtenportal news.dkp.de

Wir danken dem Gen. Sepp A. für die erfolgreiche Aufbauarbeit des Nachrichtenportals der DKP. Inzwischen sind die Voraussetzungen geschaffen, um die Arbeit innerhalb der UZ-Redaktion kollektiv zu organisieren. Daher wird die redaktionelle Verantwortung ab sofort an die UZ-Redaktion übertragen. Der Gen. Lars M. wird zum Chefredakteur des Nachrichtenportals des DKP-Parteivorstandes berufen.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Pressesprecher DKP-Parteivorstand

Der Gen. Christoph H. (Volontär in der UZ-Redaktion) wird vorübergehend mit den Aufgaben des Pressesprechers der DKP betraut.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

ManiFiesta in Bredene (Belgien)

Offizielle Vertreterin der DKP zur diesjährigen ManiFiesta der Partei der Arbeit Belgiens am 16. und 17.09. 2017 ist die Genossin Angelika R.

(einstimmig angenommen mit 1 Enthaltung)

Leitung der Kuba-AG

Leiter der AG Kuba-Solidarität wird ab sofort der Genosse Daniel K.

(einstimmig angenommen mit 2 Enthaltungen)

Auftreten der DKP am Luxemburg-Liebknecht-Wochenende am 13./14. Januar 2018

Das Luxemburg-Liebknecht-Wochenende am 13./14. Januar 2018 ist unser politischer Jahresauftakt. 2018 werden DKP und SDAJ 50, die KPD 100 Jahre. Wir erinnern an die Mitbegründer der KPD Rosa-Luxemburg und Karl Liebkecht und bekräftigen die Tradition in der die DKP steht. Das LL-Wochenende steht im Zeichen „100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP“ und bildet den Beginn einer Reihe von Geburtstagsveranstaltungen bis hin 20. UZ-Pressesfest.

Die Erinnerung an Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht ist vor allem auch eine Erinnerung an zwei konsequente GegnerInnen des imperialistischen Krieges. Wir halten angesichts der wachsenden Gefahr eines dritten Weltkriegs durch die zunehmende NATO-Aggression gegen Russland daran fest, insbesondere unseren Block auf der LL-Demonstration nach Friedrichsfelde als Antikriegsblock zu gestalten.

Der DKP-Parteivorstand ruft die Mitglieder der DKP auf sich zahlreich an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin zu beteiligen - insbesondere an der Großdemonstration des LL-Bündnisses zum Friedhof der Sozialisten in Friedrichsfelde.

Wir unterstützen das Ansinnen der Kommunistischen Plattform in der Linkspartei, die Luxemburg-Liebknecht-Demonstration bundesweit stärker vorzubereiten und dadurch auch die Mobilisierung zu verbessern. Die KPF hat auf ihrer 18. Bundeskonferenz beschlossen, in den Bundesländern organisationsübergreifende Organisationskreise zu schaffen, um die Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit und Anreise nach Berlin gemeinsam zu organisieren. Wir beteiligen uns an diesen landesweiten Strukturen und versuchen auch die SDAJ und weitere Bündnispartner wie die Rote Hilfe dafür zu gewinnen.

Wir greifen ebenfalls die Diskussion aus dem Bündnis zur Vorbereitung der LL-Demonstration auf, stärker international für die LL-Demonstration zu mobilisieren. In Anlehnung an die positive Erfahrung mit einem Internationalen kommunistischen Block bei den Protesten gegen den G20-Gipfel laden wir unsere Schwesterparteien mit Sektionen in Deutschland, aber auch aus den benachbarten Ländern ein, ihre Mitglieder zu mobilisieren und mit uns einen Block zu bilden. Wir versuchen ihnen auch logistisch zum Beispiel bei der Unterbringung zu helfen, können aber keine Kosten übernehmen.

Wir laden für das Wochenende einen Vertreter der KP Israels ein, der das internationale Grußwort auf unserem LLL-Treffen halten wird und organisieren nach dem Wochenende eine kleine Rundreise mit ihm.

Die Aktivitäten am LL-Wochenende werden gemeinsam vom Parteivorstand, seiner Internationalen Kommission und der Berliner Landesorganisation vorbereitet und durchgeführt.

Die DKP mobilisiert zu folgenden Aktivitäten:

1. Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) der jungen Welt, 13. Januar 2018

Die RLK findet 2018 erneut im Hotel Mercure in Berlin Moabit statt. Inhaltliches Schwerpunktthema ist Afrika. Als Mitveranstalter beteiligen wir uns an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung der Konferenz. Neben der Versorgung durch das Café K stellen wir OrdnerInnen. Im Vorbereitungskreis vertreten uns Helmut D. und Stefan N. aus Berlin.

Im Rahmen der Konferenz organisiert die DKP:

Café K

Das Café K als erkennbarer Beitrag der DKP hat sich als Bestandteil der Konferenz etabliert. Es hilft der jungen Welt bei der Organisation der Konferenz durch die Versorgung der Teilnehmer. Es hilft der Partei, weil es ein attraktiver Anziehungspunkt und Treffpunkt ist. An der Grundkonzeption wird festgehalten.

DKP-Diskussionsrunde am Nachmittag

Auch bewährt hat sich eine etwa 90minütige Diskussionsveranstaltung am Nachmittag. 2016 haben wir eine Eintrittsrunde mit Patrik durchgeführt, 2017 eine Diskussion zur Bundestagswahl. 2018 findet die Veranstaltung im Rahmen „100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP“ statt.

Infostände der DKP/UZ-Shop & Agitation

Wir organisieren zwei Infostände auf der RLK und den UZ-Verkauf bzw. ihre Verteilung. Der Infostand im Café K wird vom PV verantwortet, der im Bereich der Infostände der RLK-Unterstützer von der DKP Berlin. Das Angebot sollte sich decken.

LLL-Treffen der DKP

Auch das LLL-Treffen steht inhaltlich und kulturell im Zeichen „100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP“. Wir gewinnen Erich Schaffner und/oder Achim Bigus für ein Kulturprogramm, dass durch diese 100 Jahre führt und erstellen eine entsprechende Bild-Präsentation.

Bestandteile des LLL-Treffens sind wie bisher:

- Rede des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele
- Grußwort der SDAJ
- Grußwort der KP Israel
- Kulturprogramm

2. LL-Demonstration, 14. Januar 2018

Wir beteiligen uns mit einem starken, internationalen, geschlossenen und kämpferischen, gut sicht- und hörbaren Block an der traditionellen LL-Demonstration.

Für den Block wird es ein Leittransparent und weitere Sichtelemente (Schilder/Pappen) und einen Lautsprecherwagen geben. Für den reibungslosen Ablauf wird eine Blockleitung bestimmt. Im LL-Bündnis vertritt uns Nina H.

3. Stilles Gedenken in Friedrichsfelde, 14. Januar 2018

Wir beteiligen uns an dem stillen Gedenken in Friedrichsfelde mit Ständen der Partei und der Verlage. Es wird erneut gemeinsam mit der SDAJ ein attraktiver Treffpunkt für GenossInnen und SympathisantInnen organisiert.

Vor dem Eingang zum Friedhof organisiert die DKP-LiMaHe die Begrüßung der DemonstrationsteilnehmerInnen und der zahlreichen „Besucher“ der Gräber an diesem Tag mit dem Transparent „Mit Antikommunismus bekämpft man keinen Faschismus“

4. Agitation

Hauptagitationsmaterial des PV am LL-Wochenende selbst ist die UZ. Wir gehen davon aus, dass die DKP Berlin mit einem Anstoß oder Anstoß-extra in das Wochenende geht. Sollte es gelingen, in den Ländern Vorbereitungsbindnisse zu gründen, verzichten wir auf ein eigenes Material zur Mobilisierung und orientieren auf ein gemeinsames Material.

(einstimmig angenommen)

Beschlüsse zur Vorbereitung des 22. Parteitags

Antrag zur Parteistärkung

Die Linienführung des Antrags zur Parteistärkung wurde einstimmig bestätigt. Der Antragsentwurf wird der 11. PV-Tagung zur Beschlussfassung an den 22. Parteitag vorgelegt. Der Antragschluss für diesen Antrag wird auf den 26. Januar verschoben.

(einstimmig angenommen)

Vorschlag für die Kommissionen/Arbeitsgremien des 22. Parteitags

Antragskommission 1 (Leitantrag/Antrag Parteistärkung)

- Jürgen B., Ruhr
- Hans-Peter B., Leiter/Rheinland
- Timur K., Thüringen (angefragt)
- Pablo G., Hessen
- Tatjana S., Mecklenburg-Vorpommern
- Björn S. Niedersachsen
- Ulrike S., Niedersachsen (angefragt)
- Ursula V, Nordbayern

Antragskommission 2 (Weitere Anträge)

- Björn B., Baden-Württemberg
- Olaf H., Leiter/Hamburg
- Stefanie K., Brandenburg
- Rainer P., Berlin
- Angelika Richter-M., Hessen

Absagen: Volker M., Eva P., Achim B.

Mandatsprüfungskommission

- Andrea S., Südbayern
- Tobias K., Rh-Pfalz
- Peter L., Leiter/Rheinland
- Konni L., Baden-Württemberg
- Thorsten L., Schleswig-Holstein
- Gerd S., Hessen
- Gunhild H., Nordbayern

Wahlkommission

- Peter G., Hamburg
- Petra J., Saarland
- Klaus L., Leiter/Ruhr
- Claudia P., Bremen
- Katrin K., Sachsen
- Kurt W., Südbayern

Absage: Uwe F.

Tagungsleitungen

- Christine C., Rheinland (angefragt)
- Michi G., Hamburg
- Michael K., Nordbayern
- Patrik K., Leiter, Ruhr
- Birgit L., Schleswig-Holstein
- Barbara M., Berlin
- Shabnam S., Ruhr

Absage: Paul R.

Für die GenossInnen, die absagen mussten, wird entsprechend Ersatz gesucht.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Vorschlag für die Tagesordnung des 22. Parteitages

- 1) Eröffnung und Begrüßung
- 2) Konstituierung
 - Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
 - Wahl der Parteitagsleitung
 - Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan
 - Beschlussfassung über die Arbeitsgremien des Parteitages
 - Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - Bestätigung der Antragskommission
 - Wahl der Wahlkommission
- 3) Referate an den Parteitag
- 4) Bericht der Revisionskommission
- 5) Diskussion zu den Referaten und Berichten
 - Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
 - Finanzbericht
 - Bericht der Revisionskommission
- 6) Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 7) Diskussion und Beschlussfassung (Leitantrag, Antrag zur Parteistärkung, Statut)
- 8) Entlastung des Parteivorstandes und des Kassierers
- 9) Wahlen
 - Beschlussfassung über die Wahlordnung des Parteitages
 - Wahl der/des Parteivorsitzenden bzw. der Sprecherin oder des Sprechers
 - Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden (Alternativ: Wahl von Sprecherinnen und Sprechern)
 - Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
 - Wahl der Mitglieder der Zentralen Schiedskommission
- 10) Bericht der Wahlkommission
- 11) Beratung und Beschlussfassung über weitere Anträge
- 12) Schlusswort

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Vorschlag für den Zeitplan des 22. Parteitages

Freitag, 2. März 2018

13.30 – 15.00 Uhr: Einlass

15.00 – 15.30 Uhr: Begrüßung/Konstituierung

- Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- Wahl der Parteitagsleitung
- Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
- Wahl der Mandatsprüfungskommission
- Wahl der Wahlleitung
- Bestätigung der Antragskommissionen

15.30 – 16.30 Uhr: Referat des Vorsitzenden

16.30 - 19.00 Uhr: Diskussion zu Referat und Berichten/Entlastung

19.00 Uhr: Abendessen

20.00 Uhr: Veranstaltung mit internationalen Gästen

Samstag, 3. März 2018

09.00 – 09.15 Uhr: Bericht der Mandatsprüfungskommission

09.15 – 13.00 Uhr: Antragsberatung Leitantrag

13.00 – 14.00 Uhr: Mittagspause

14.00 – 15.00 Uhr: Referat zur Parteientwicklung

15.00 – 17.00 Uhr: Antragsberatung Parteientwicklung

17.00 – 17.30 Uhr: Pause

17.30 – 19.00 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge

19.00 – 20.00 Uhr: Abendessen

20.00 – 20.30 Uhr: Wahlvorschlag/Beschlussfassung über die Wahlordnung

20.30 – 21.30 Uhr: Wahl des/r Vorsitzenden und der stellv. Vorsitzenden

Sonntag, 4. März 2018

09.00 bis 11.00 Uhr: Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes
der Zentralen Schiedskommission
der Zentralen Revisionskommission

11.00 bis 12.00 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge

12.00 bis 12.30 Uhr: Bericht der Wahlkommission

12.30 bis 13.30 Uhr: Mittagessen

13.30 bis 14.45 Uhr: Antragsberatung weitere Anträge

14.45 bis 15.00 Uhr: Schlusswort

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Vorschlag für die Geschäftsordnung des 22. Parteitages

1. Stimmberechtigt sind alle statutenmäßig gewählten ordentlichen Delegierten.
 2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte aller gewählten Delegierten anwesend ist und an der Abstimmung teilnimmt.
 3. Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse zur Veränderung des Statuts bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der Delegierten des Parteitages.
 4. Rederecht haben die Delegierten. Die Redezeit beträgt 8 Minuten. In der Antragsdiskussion und beim Tagesordnungspunkt Wahlen wird die Redezeit auf 3 Minuten beschränkt. Genossinnen und Genossen, die gegenüber dem Parteitag rechenschaftspflichtig sind, haben Rederecht. Sie haben kein Antragsrecht.
 5. Wortmeldungen werden nach dem Referat durch das Abgeben der Wortmeldungszettel bei der Parteitagsleitung angemeldet. Die Parteitagsleitung hat das Recht, die Folge der Redebeiträge zu strukturieren und ruft entsprechend quotiert die Redner/innen an die Mikrofone. Erstredner/innen kommen vor Zweitredner/innen. Die Diskussion kann auch von den Saalmikrofonen geführt werden. Rednerinnen und Redner werden gebeten, Namen und Kreis- und Bezirksorganisation als erstes zu nennen.
 6. Die Parteitagsleitung kann Gästen das Wort erteilen.
 7. Die Parteitagsleitung und die Berichterstatter/innen haben das Recht, außerhalb der Redeliste Erklärungen abzugeben.
 8. Berichterstatter/innen steht ein Schlusswort zu.
 9. Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten gestellt und begründet werden, die nicht bereits zur Sache gesprochen haben. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Redeliste erteilt. Die Redezeit wird dafür auf 3 Minuten begrenzt.
 10. In der Beschlussfassung über die Anträge wird über die Empfehlung der Antragskommission zuerst abgestimmt. Die Antragsteller/innen erhalten zuerst das Wort. Es kann nur ein/e Redner/in dafür und eine/r dagegen sprechen.
- Es kann eine zeitlich begrenzte Aussprache beantragt werden.
- Abänderungsanträge, die sich auf die Empfehlung der Antragskommission beziehen, sind bis Samstag, 3. März 2017, 11.00 Uhr, bei der Parteitagsleitung einzureichen. Sie müssen von 15 Delegierten unterschrieben sein.
11. Initiativanträge sind ausschließlich solche Anträge, die vom Antragsgegenstand her nicht zum regulären Antragschluss gestellt werden konnten. Initiativanträge können nur zur Beratung kommen, wenn sie der Konferenzleitung des Parteitages schriftlich vorgelegt werden und von mindestens 15 Delegierten unterschrieben sind. Antragschluss für Initiativanträge ist Samstag, der Samstag, 3. März 2017, 11.00 Uhr.
 12. Die Parteitagsleitung benennt eine/n Schriftführer/in.

(einstimmig angenommen)

Vorschlag für die Wahlordnung des 22. Parteitages

1. Der Parteitag der DKP wählt in geheimer und getrennter Wahl

- den/die Vorsitzende/n
- die/den stellvertretende/n Vorsitzende/n oder die Sprecherinnen und Sprecher
- die weiteren Mitglieder des Parteivorstandes
- die Mitglieder der Zentralen Revisionskommission
- die Mitglieder der Zentralen Schiedskommission

2. Lt. Statut der DKP, Artikel 13, sollen in allen gewählten Organen 50 Prozent Genossinnen vertreten sein, mindestens jedoch so viel wie der prozentuale Anteil an der Mitgliedschaft des jeweiligen Bereiches beträgt. Sollte die Mindestquotierung (37 Prozent) nicht einzuhalten sein, muss der Parteitag für die vorzunehmende Wahl mit Zweidrittelmehrheit der Delegierten des Parteitages die Aufhebung der Quotierung beschließen.

3. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Zur Durchführung der Wahl kann die Wahlkommission Helfer/innen bestimmen.

4. Die Aufstellung der Kandidat/inn/en erfolgt auf dem Parteitag, und zwar für jeden Wahlgang gesondert. Vorschlagsrecht haben alle Organisationsgliederungen (Gruppen, Kreise, Landes- bzw. Bezirksorganisationen) der DKP, der Parteivorstand und die Delegierten. Die Vorschläge sind schriftlich bei der Wahlkommission einzureichen.

5. Nach Aufstellung der Kandidat/inn/en beschließt der Parteitag in offener Abstimmung über die Anzahl der zu wählenden Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden bzw. Sprecherinnen und Sprecher, die Anzahl der Parteivorstandsmitglieder sowie über die Anzahl der Mitglieder der Zentralen Revisionskommission und der Zentralen Schiedskommission.

6. Vorgeschlagene Kandidat/inn/en können nur mit ihrer Zustimmung auf die Kandidat/inn/enliste gesetzt werden. Die Erstellung des Stimmzettels erfolgt in alphabetischer Reihenfolge. Vorgeschlagene Kandidat/inn/en haben das Recht, in der Personaldebatte abschließend zu ihrer Person Stellung zu nehmen.

7. Die Wahlen werden mit getrennten Listen (Genossinnen und Genossen) durchgeführt. Nicht quotiert werden die Wahlen der/des Vorsitzenden sowie der Stellvertretenden Vorsitzenden.

a) Wenn die Zahl der Kandidat/inn/en mit der Zahl der zu wählenden Genoss/inn/en übereinstimmt, ist wie folgt zu verfahren:

Zustimmung = **X** in den Kasten „Ja-Stimme“

Ablehnung = **X** in den Kasten „Nein-Stimme“

Enthaltung = **X** In den Kasten „Enthaltung“

Gewählt sind Kandidat/inn/en, sofern sie mehr als 50% der abgegebenen und gültigen Stimmen als Ja-Stimmen erhalten.

b) Wenn die Zahl der Kandidat/inn/en die Zahl der zu wählenden Genoss/inn/en übersteigt, können bis zur Zahl der zu Wählenden Kreuze als Ja-Stimmen vergeben werden. Gewählt sind die Kandidat/inn/en mit den meisten Ja-Stimmen. Unabhängig davon muss der Anteil von Genossinnen 37 Prozent der gewählten Kandidat/inn/en erreichen. Darüber hinaus entscheidet über die weitere Zusammensetzung die Stimmenzahl unabhängig vom Geschlecht.

8. Nach der Auszählung der Stimmen wird das Ergebnis durch die Wahlkommission unmittelbar nach jedem Wahlgang bekannt gegeben.

9. Über das Wahlergebnis wird ein Protokoll geführt.

(einstimmig angenommen)

Delegierte und Gäste zum 22. Parteitag

Bezirk/LO	Delegierte 22.PT	Gäste 22. PT	Delegierte 21.PT	Gäste 21. PT	
Baden- Württemberg	20	8	20	8	
Berlin	7	5	7	5	
Brandenburg	4	3	4	3	
Bremen	3	2	3	2	
Hamburg	7	4	7	5	
Hessen	22	8	22	10	
Mecklenburg-Vorp.	3	1	3	2	
Niedersachsen	14	8	12	7	
Nordbayern	8	3	8	3	
Rheinland-Pfalz	3	2	3	2	
Rheinland- Westfalen	22	10	26	14	Endabstimmung offen
Ruhr-Westfalen	27	15	27	16	
Saarland	7	3	8	3	
Sachsen	3	1	3	2	
Sachsen-Anhalt	3	1	3	2	
Schleswig-Holstein	7	4	7	5	
Südbayern	10	5	10	5	
Thüringen	3	1	3	2	
GESAMT	173	82	176	96	

(zur Kenntnisnahme)

Finanzplan | 22. Parteitag der DKP | 2.- 4. März 2018 in Frankfurt/Main

1. Die Finanzplanung für den 22. Parteitag sieht ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben vor. Eine Zuschuss aus dem zentralen Budget ist, abgesehen vom Personaleinsatz, nicht vorgesehen. Der Parteivorstand ruft zu einer Spendensammlung zur Finanzierung des 22. Parteitages auf.
2. Die Konferenzkosten betragen aufgrund der Ausweitung auf 3 Tage 160 € je Delegierte/n. In dieser Summe sind die Tagungskosten, 2 Übernachtungen sowie die Verpflegung enthalten. Die Gesamtkosten werden durch die Bezirks-/Landesverbände an den PV abgeführt. Die Delegierten werden um eine Spende in Höhe von je 80 € (+/-) an die Bezirke/LV gebeten.
3. Gäste werden durch die Bezirks- und Landesvorstände beim Sekretariat des PV angemeldet. Sie zahlen 50 € (20€ je Konferenztag) und können Verpflegung und Übernachtung zusätzlich buchen. Übernachtungen können zum Preis von 40 € je Person/Nacht im 2/4-Bettzimmer gebucht werden. Der Preis für die Verpflegung beträgt 20 € je Tag [50 € für die Konferenz)
Für rechenschaftspflichtige, nicht delegierte GenossInnen gelten die gleichen Preise.

(einstimmig angenommen)

Abgelehnte Anträge

Zu den Beschlüssen der 9. PV-Tagung

Antragsteller: Eva Petermann und Uwe Fritsch

Zentrales Merkmal einer Kommunistischen Partei ist die Fähigkeit zu Kritik und Selbstkritik. Beschlüsse, die der Partei schaden, können und müssen zurückgenommen werden. Nur dann auch hat es überhaupt einen Sinn, ernsthaft über ein mögliches Moratorium bzw. andere Formen der Deeskalation in den Parteiauseinandersetzungen zu reden.

Ausgehend davon beantrage ich:

1. Der PV hebt den Beschluss der 9. PV-Tagung, „die Bezirksorganisation Südbayern aufzulösen“ auf.
2. Außerdem zieht der PV den beschlossenen Antrag an den kommenden Parteitag 2018, eine „Unvereinbarkeit“ der DKP-Mitgliedschaft mit dem Netzwerk Kommunistische Politik zu beschließen, zurück.
3. Der PV setzt eine Kommission zur Schlichtung des Parteistreits ein. Dieser gehören von beiden Seiten akzeptierte Persönlichkeiten an. Vorschlag: Nina Hager, Willi Gerns, Wera Richter, Artur Moses, Beate Landefeld, Heinz Stehr, Ellen Weber, Achim Bigus.

Begründung:

Zu 1) Der Beschluss des Parteivorstandes vom 17./18. Juni 2017, den Bezirk Südbayern der DKP aufzulösen, ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Partei. Die Vielzahl von Protesten (bis hin zu Austritten) einzelner Genossinnen und Genossen sowie Parteigliederungen wie auch das kopschüttelnde Unverständnis von Bündnispartnern haben gezeigt, dass der Beschluss nicht zu vermitteln ist und die Existenz bedrohend schwächt.

Es ist auch nicht einzusehen, als der PV ausgerechnet gegen Mitglieder vorgehen will, die sich ausdrücklich auf unser gültiges Programm beziehen, während gleichzeitig teilweise abenteuerlichen sektiererischen Bestrebungen zur Revision unserer Strategie Raum gegeben wird.

Dieser Beschluss verstößt gegen das Statut der DKP und widerspricht den Bestimmungen des Parteiengesetzes. Faktisch hat der PV keine „Auflösung“ des Bezirks beschlossen, sondern eine „Amtsenthebung der Bezirksorgane“. Dazu hat er kein Recht.

Derer Art. 7 unseres Statuts kann jedenfalls einen solchen Beschluss nicht legitimieren. Dieser Artikel hat andere regionale und organisatorische Zwecke.

Eine „Auflösung des Bezirks“ ist also weder durch das Statut gedeckt noch nach dem Parteiengesetz möglich.

Abgesehen davon war dieser gravierende Beschluss war den Parteivorstands- Mitgliedern als Tagesordnungspunkt nicht angekündigt und als Text vorab nicht zugeleitet worden. Folglich konnten die PV-Mitglieder sich nicht verantwortungsbewusst auf eine solch schwerwiegende Entscheidung vorbereiten und diese in den Gliederungen diskutieren.

Überdies konnten sie die Betroffenen selbst dazu nicht befragen. Denn die Mitglieder des Bezirksvorstands Südbayern und seiner Kommissionen waren nicht zur Sitzung eingeladen worden, um sich zu den erhobenen Vorwürfen, insbesondere bzgl. der Finanzen, äußern zu können.

Die jüngsten Stellungnahmen des BV Südbayern sprechen dafür, dass die PV-Mitglieder unter falschen Voraussetzungen abgestimmt haben.

Im Übrigen widerspricht dieser Beschluss allen Regeln der innerparteilichen Demokratie, wie sie im Statut vorgesehen sind. Er ist folglich nicht gültig und aufzuheben.

Zu 2) Ähnliches gilt auch für den PV-Beschluss bzgl. des Netzwerks Kommunistische Politik.

Laut Artikel 2 des Statuts hat jedes Parteimitglied das Recht, "seine Meinung in allen die DKP betreffenden Angelegenheiten frei zu äußern", "Kritik an Beschlüssen, Gremien und Mitgliedern der Partei zu üben", "seine Meinung zu allen politischen Fragen in der Öffentlichkeit zu vertreten".

Ausdrücklich ist das Recht der Mitglieder festgehalten, "einzeln oder in Verbindung mit anderen Mitgliedern politische Positionen, Kritik und Vorschläge zu entwickeln", "alternative politische Positionen zu vertreten und dafür in der Partei um demokratische Mehrheiten zu werben".

Kein Parteigremium darf sich anmaßen, solche Aktivitäten einzuschränken oder zu unterbinden, geschweige denn Meinungsverschiedenheiten mit administrativen Maßnahmen „aufzulösen“. Denn laut Statut geht es um den Mitgliedern zustehende Rechte.

Zu 3) Um nicht wieder gutzumachenden Schaden von der Partei abzuwenden, schlage ich den Versuch einer Vermittlung in diesem Konflikt vor durch eine Kommission, in der von beiden Seiten anerkannte, erfahrene Genossinnen und Genossen vertreten sein sollen.

(abgelehnt mit 1 Ja-Stimme)

Zum Beschluss der 9. PV-Tagung zu Südbayern

Antragsteller: Lothar Geisler

Für den Fall, dass das laufende Schiedsverfahren zur Wahrung statuarischer Rechte des demokratisch gewählten Bezirksvorstandes der DKP-Südbayern nicht automatisch aufschiebende Wirkung für den von der 9.PV-Tagung gefassten sog. „Auflösungsbeschluss“ der DKP-Südbayern hat, stelle ich folgenden Antrag an den PV:

Der „Beschluss zur Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern“ wird mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Parteitag der DKP ausgesetzt.

Begründung erfolgt mündlich (u.a.):

1. Der o.g. Beschluss muss bekanntermaßen sowieso von den Delegierten des 22. Parteitags der DKP geprüft, d.h. bestätigt oder verworfen werden.
2. Während des laufenden Schiedsverfahrens zur ergebnisoffenen Prüfung des südbayerischen Antrages muss die statutengemäße Vorbereitung des kommenden 22. Parteitages der DKP auch in Südbayern gewährleistet sein.
3. Die Aussetzung des Beschlusses bietet die Möglichkeit (und sei sie noch so gering) in Vorbereitung auf den 22. Parteitag wieder alle Kraft auf die inhaltliche Debatte der zentralen Fragenkomplexe und Anträge (Leitantrag; Partei-Antrag) zu konzentrieren.

(abgelehnt mit 2 Ja-Stimmen)

Nicht befasste Anträge

Der Bezirksvorstand Südbayern stellt den Antrag an die 10. PV.-Tagung, den Beschluss der 9. PV-Tagung „Auflösung der Bezirksorganisation Südbayern“ aufzuheben.

Begründung:

Der Beschluss verstößt gegen das Statut der DKP und widerspricht den Bestimmungen des Parteiengesetzes.

Nach § 6 Abs. 2 Ziff.5 und § 16 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 Ziffer 2 des Bundesparteiengesetzes enthält der PV-Beschluss vom 16.6.17 gar keine „Auflösung“ des Bezirks, sondern eine „Amtsenthebung der Bezirksorgane“;

Solche „Ordnungsmaßnahmen gegen Bezirksverbände“ müssten – unter ganz engen Voraussetzungen – im Statut geregelt sein, was sie aber nicht sind. Unabhängig davon gibt der Art. 7 unseres Statuts einen solchen Beschluß mit der vorliegenden Begründung nicht her. Der hat andere regionale und organisatorische Zwecke. Ein Ersatz-Sammel-Parteiordnungsverfahren mit Ersatz-Sammel-Funktionsverbot an den Schiedskommissionen vorbei gibt es jedenfalls nicht.

Eine „Auflösung des Bezirks“ ist weder durch das Statut Art. 7 gedeckt, noch nach dem Parteiengesetz möglich.

Der Beschluss des Parteivorstandes vom 17./18. Juni 2017, den Bezirk Südbayern der DKP aufzulösen, ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Partei.

Er offenbart ein autoritäres und dogmatisches Parteiverständnis und widerspricht allen Regeln der innerparteilichen Demokratie, wie sie im Statut vorgesehen sind.

Weder war dieser gravierende Beschluss den Parteivorstands-Mitgliedern als Tagesordnungspunkt angekündigt worden, noch wurde den Betroffenen, den Mitgliedern des Bezirksvorstand Sby und seiner Kommissionen, die Möglichkeit eingeräumt, sich auf der Parteivorstands-Tagung dazu zu äußern.

In zentralen Politik- und Ideologiebereichen ist man dabei, Positionen des Parteiprogramms auszuhebeln: In Fragen der Bündnispolitik, der Haltung zu den Gewerkschaften, in der Europapolitik, in der Haltung zu den Verbrechen unter Stalin, dem Charakter der Partei und anderen Bereichen.

Es geht um die Liquidierung einer politischen Linie in der DKP, die in wesentlichen Punkten die Positionen des Parteiprogramms verteidigt.

Meinungsverschiedenheiten mit administrativen Maßnahmen „aufzulösen“ ist in jeder Hinsicht parteischädigend und weckt Erinnerungen an die finstersten Zeiten der Parteigeschichte.

Weitere Materialien

Aufruf zur Luxemburg-Liebknecht-Demo

Aufruf

zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 14. Januar 2018 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

In einer Nachricht aus dem Zuchthaus Luckau schreibt Karl Liebknecht im April 1918 an seine Frau Sophie: »Aktion – Aktion! Ist gar nichts möglich? Es muss aber! Und darf nicht nachgelassen, sondern nur verschärft werden. Gerade jetzt.«

Knapp hundert Jahre sind seither vergangen. »Ist gar nichts möglich?«, fragen auch wir uns heute oft. Und antworten wie Liebknecht: »Es muss aber ... gerade jetzt.«

Acht Menschen besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Kriege und kriegerische Konflikte überziehen die Erde und treiben mehr als 60 Millionen Menschen in die Flucht.

Eine atomare Katastrophe ist wieder denkbar. Der NATO-Terror erzeugt nicht zuletzt asymmetrische Antworten, darunter neuen Terror. Diejenigen, die aus Profitgründen die Welt ins Chaos stürzen, quatschen demagogisch von den Werten, die „wir – der Westen – uns nicht nehmen lassen“.

Ist Ausbeutung ein Wert? Sozialabbau ein Wert? Flächendeckende Überwachung ein Wert? Sind Asylpakete und Abschiebungen ein Wert? Ist Kapitalismus eine Wertegemeinschaft auch für die, die ihre Arbeitskraft zunehmend unter Wert verkaufen müssen? Und wie sollen wir die beinahe weltweiten Faschisierungstendenzen bewerten?

Vor 99 Jahren wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und viele ihrer Weggefährten für ihre Standhaftigkeit gegen Ausbeutung und Krieg von der Reaktion ermordet. Demonstrieren wir – Linke verschiedener Strömungen – am 14. Januar 2018 in ihrem Geiste friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschismus – für eine sozial gerechte, solidarische, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Welt.

Trotz alledem!
